Nr. 189 Montag, 15. August 1921 28. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein halber Schritt entgegen.

Nach der Hinauszögerung des Beschlusses über Oberschlesien hatte der Oberste Rat auch in der Frage der Sanktionen einen reinlichen Beschluß nicht zustande gebracht. Die Forderung Deutschlands, daß die Sanktionen sofort und bedingungslos aufgehoben werden, nachdem die deutsche Regierung das Ultimatum angenommen und die Zahlung der Reparationsverpflichtungen begonnen hat, ist nicht erfüllt worden. Lloyd George, der diesen Standpunkt auf der Pariser Konferenz vertrat, hat die halbe Lösung akzeptiert, die Frankreich vorgeschlagen hat. Die wirtschaftlichen Sanktionen, d. h. die Zollinie am Rhein, werden erst am 15. September fallen und nur gegen ein Zugeständnis an den französischen Export, dessen Tragweite im Augenblick noch nicht völlig beurteilt werden kann, der aber jedenfalls kein günstiges Moment für Deutschlands Wirtschaft darstellt. Das Hereinfluten der französischen Luxuswaren wird nach wie vor die deutsche Valuta herabdrücken und der „Patriotismus" unsrer Besitzenden, die sich französischen Sekt, französische Parfümerien, Seifen, Seiden und Toiletten nicht entgehen lassen wollen, wird dafür sorgen, daß die importierenden Händler auf ihre Rechnung kommen und das Loch im Westen, das eine stetig blutende Wunde am Körper der deutschen Wirtschaft darstellt, sich nicht schließt. Als einziges Gegenmittel bleibt nur noch, solange die Arbeiterschaft in ihrer Zersplitterung nicht imstande ist, mit der kapitalistischen Unordnung überhaupt Schluß zu machen, eine energische Besteuerung des Besitzes. Nur so kann der unverschämten, aufreizenden Schlemmerei der Kriegs- und Revolutionsgewinnler, zu denen sich bald trotz aller Rathenauschen schönen Gesten die Reparationsgewinnler gesellen werden — die Reichsregierung selber hat ja schon auf die Valuta-Spekulation hingewiesen, die ihr die Erfüllung ihrer Zahlungspflichten erschwert haben — ein Riegel vorgeschoben werden. Die Regierung Wirth hat freilich schon zu erkennen gegeben, daß sie sich um diese für jede bürgerliche Regierung heikle Aufgabe herumdrücken will. Die Arbeiterschaft aber wird in dieser Bedingung des Obersten Rats für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen eine neue Waffe gegen die bürgerlichen Steuerdrückeberger finden.

Die militärischen Sanktionen, d. h. die Besetzung der drei Rheinhäfen Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg bleiben noch bestehen. Ihre Bewohner werden noch für einige Zeit das schwere Los der besetzten Gebiete teilen müssen. Indes wenn nicht irgendein unvorhergesehener Umschwung der Weltlage stattfindet, wenn in Deutschland nicht eine Regierung ans Ruder gelangt, die die verbrecherische Politik der Nationalisten aufnimmt und somit der Entente neue Vorwände für die Verweigerung der Aufhebung liefert, so werden die drei rheinischen Städte in absehbarer Zeit doch von ihren fremden Zwangsgästen befreit werden. Die Erklärungen Briands und Loucheurs zeigen Frankreich im Rückzug. Man gewinnt den Eindruck, als würden die militärischen Sanktionen weniger mit Rücksicht auf die Haltung Deutschlands, als vielmehr wegen der inneren Verhältnisse Frankreichs noch eine Zeitlang aufrechterhalten, als eine Konzession an die französischen Nationalisten, als eine Sicherung für das Kabinett Briand, dessen Stellung durch seine Niederlagen auf der Konferenz vor der Kammer des nationalen Blocks jedenfalls stark erschwert sein wird. Briand ist, das zeigt seine Haltung, davon überzeugt, daß Frankreich mit der Forderung nach Aufrechterhaltung der Sanktionen allein bleiben würde, und er hat sich deshalb bemüht, die drohende Isolierung auch in dieser Frage zu vermeiden. Seine Rede war ein Plädoyr für allmähliche Gewöhnung Frankreichs an den Gedanken der vollen Aufhebung der Sanktionen. Er hat sie bereits grundsätzlich preisgegeben und wird auf der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates, wenn nicht etwa Deutschland seine Position verbessert, in ihre Aufhebung willigen müssen — er hat selber die Argumente geliefert, die gegen eine andre Haltung der französischen Regierung geltend gemacht werden würden. Die halbe Maßregel, die Verzögerung der Beseitigung der militärischen Besetzungen, ist im Wesen nichts andres, als die Verweisung der Oberschlesienfrage an den Völkerbundsrat — ein Auskunftsmittel, um die offene Niederlage Frankreichs etwas zu verhüllen, um die nationalistischen Schreihälse in Frankreich ein wenig zu stopfen.

Für Deutschland ist die Verschleppung der Entscheidung gewiß schmerzlich. Auch hier haben die Engländer wieder nachgegeben auf Kosten Deutschlands, dessen Forderungen sie grundsätzlich anerkennen mußten. Es wird das niemanden, der die englische Politik nüchtern beurteilt, überraschen. Sie ist nicht deutschfreundlich, sondern sie ist die Politik der kapitalistischen englischen Regierung, die nur auf die Interessen der englischen Kapitalisten sieht. Um des deutschen Rechtes willen werden die englischen Imperialisten niemals mit dem französischen Verbündeten brechen. Sie werden es nur um unzweifelhaft englischer — d. h. englisch-kapitalistischer — Interessen tun. England will nicht **ein völlig ruiniertes Deutschland, weil es die Wirkung des deutschen Ruins auf die eigene Wirtschaft fürchtet,** und es will auch nicht ein gar zu übermächtiges Frankreich. Aber wenn es sieht, daß es die Aufhebung der Sanktionen in einiger Zeit doch erreichen wird, so wird es um der Nachteile und Qualen willen, die die Verzögerung Deutschland bereitet, sich mit Frankreich nicht entzweien.

Die Regierung Wirth darf nach diesen Ergebnissen des Obersten Rates als vorläufig gefestigt angesehen werden. Die deutschen Nationalisten werden zwar schreien, ebenso wie die französischen. Aber der Reichskanzler wird darauf verweisen können, daß, wenn die Politik der Erfüllung des Ultimatums auch nicht sofortige Erfolge gebracht hat, so doch in absehbarer Zeit zu den Zielen führen wird, die sich die Regierung bei ihrem Amtsantritt setzen mußte, nämlich den Verlust Oberschlesiens zu verhüten und die Aufhebung der Sanktionen zu erreichen. Der Weg dahin ist allerdings schwieriger und langwieriger, als ursprünglich gedacht wurde. Aber sein Ende läßt sich doch heute schon **absehen**

An den Ergebnissen ihrer äußeren Politik dürfte also die Regierung Wirth nicht sterben. Etwas anders steht die Sache im Innern. Die Lebensfrage der Regierung Wirth ist jetzt die Steuerfrage. Sie tritt jetzt mit voller Wucht in den Vordergrund der politischen Bühne. Hier fällt in der nächsten Zeit die wichtigste Entscheidung über die Richtung der deutschen Politik. Die Steuerpolitik ist die Lebensfrage des Kabinetts Wirth — oder auch die Lebensfrage der rechtssozialistischen Partei!

* * *

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen beschlossen.

Paris, 14. August. Ueber die gestrige **Nachmittagssitzung des Obersten Rates** verbreitet Havas folgende ausführlichere Mitteilung:

Die Sitzung war durch die Besprechung der **Besatzungskosten** und der **Sanktionen** ausgefüllt. Die **finanziellen Sachverständigen haben die Besatzungskosten als zu hoch erachtet. Lord Curzon** erklärte, daß dieser Umstand der zu hohen **Kopfstärke der Besatzungstruppen** zuzuschreiben sei. Der Oberste Rat war jedoch insgesamt der Ansicht, daß es sich nicht um eine Frage der Mannschaftsstärke handle, sondern um den zu hohen Kostensatz für jeden einzelnen Soldaten. Der italienische Finanzminister Soleri wies dann darauf hin, daß die **Zivilkommissionen noch sehr kostspielig** seien. Briand und Jaspar schlossen sich dieser Kritik an. Der Oberste Rat beschloß darauf, sowohl die Frage der Besatzungskosten pro Kopf als auch die der Zivilkommissionen **durch einen Ausschuß untersuchen zu lassen,** der bis zum 1. November bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

Die Besprechungen wandten sich dann den

Sanktionen

zu. Loucheur gab eine Darstellung der Angelegenheit und erinnerte an die Erklärung vom 9. März d. J., nach der **Voraussetzung für die Aufhebung** der in Rede stehenden Zwangsmaßnahmen **die Ausführung der deutschen Verpflichtungen hinsichtlich der Entwaffnung, der Reparationen und der Bestrafung der Kriegsbeschuldigten** sei. Loucheur wies darauf hin, daß, was die **Entwaffnung** anlange, **Verstöße vorgekommen seien,** darunter namentlich die **Rekrutierung in Oberschlesien.** Loucheur erinnerte auch an die **parteiischen Urteile des Reichsgerichts in Leipzig.** In bezug auf die **Reparationen** machte er auf gewisse Schwierigkeiten aufmerksam, die Deutschland bei der vollständigen Ausführung des Friedensvertrages gemacht habe. Indessen erkannte er an, daß ein **Anfang der Ausführung gemacht sei** und daß die deutsche Regierung den **guten Willen** zu haben scheine, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Er schlug deshalb die **Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen** vor unter der **Bedingung:** 1. daß die am 31. August fällige Verpflichtung, eine Milliarde Goldmark zu zahlen, ausgeführt wird, 2. daß die deutsche Regierung sich mit den zwischen ihr und der französischen Regierung besprochenen Maßnahmen einverstanden erklärt, durch die der systematischen Verweigerung der Einfuhrerlaubnis für alle Waren der Alliierten, die nach dem besetzten Gebiet gehen sollen, ein Ende gemacht werden soll. Die **militärischen Sanktionen** dagegen, schloß Loucheur, **müssen aufrecht erhalten werden.**

In seiner Antwort stellte Lord Curzon die Sanktionen von einer andern Seite dar. Sie müßten nach ihm **in vollem Umfang aufgehoben werden,** da Deutschland das Ultimatum der Alliierten angenommen hat. Curzon versicherte, daß die Haltung Deutschlands hinsichtlich der **Entwaffnung, der Reparationen** und, da die **Aburteilung** tatsächlich stattgefunden hat, auch hinsichtlich der Kriegsbeschuldigten **korrekt gewesen** sei. Die Sanktionen, fuhr er fort, seien eine kostspielige Angelegenheit. Sie reizten das deutsche Nationalgefühl. Schließlich müsse das **Kabinett Wirth,** das seinen guten Willen beweise, **unterstützt werden.** Endlich verlangte Curzon die **schrittweise Zurückziehung der militärischen Sanktionen.**

Darauf ergriff Briand das Wort. Er setzte auseinander, daß die **französische Regierung keineswegs die militärische Besetzung** von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg **für unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten wünsche.** Es sei im Gegenteil ihr Wunsch, sobald wie möglich die Besatzungstruppen zurückzuziehen. Wenn die Umstände es erlaubt hätten, würde sie schon die Initiative dazu ergriffen haben. Zur Rechtfertigung des augenblicklichen Standpunktes der französischen Regierung erinnerte Briand daran, unter welchen Umständen die Sanktionen beschlossen wurden. Die Alliierten seien sich darüber klar gewesen, daß der **Versailler Vertrag niemals durch Deutschland ausgeführt werde, wenn es nicht durch die Sanktionen dazu gezwungen werde.** Als am 9. März 1921 in London dieser Beschluß erfolgte, habe der Oberste Rat in einer Resolution in aller Form erklärt: „daß die Sanktionen erst dann ein Ende nehmen würden, wenn sie zu einer befriedigenden, von den Alliierten akzeptierten Regelung der Reparationen, der Entwaffnung und der Bestrafung der Kriegsbeschuldigten geführt hätten." Dieser Wortlaut sei von Lloyd Georges eigener Hand korrigiert gewesen. Im Mai, als die Alliierten sich darüber klar geworden seien, daß Deutschland hartnäckig die Zahlung der Reparationen verweigerte, habe Frankreich die Verschärfung der Sanktionen durch Besetzung des Ruhrgebietes vorgeschlagen. Es sei kein Zweifel, daß die deutsche öffentliche Meinung im ganzen genommen, damals noch nicht begriffen habe, daß der Krieg von den Alliierten gewonnen sei. Es sei notwendig gewesen, die Stärke zu demonstrieren, um in der Frage der Reparationen die Ausführungen der Bedingungen zu erlangen. Die Wirkung der Mobilmachung einer französischen Jahresklasse sei unmittelbar eingetreten. Das Kabinett sei zurückgetreten und durch Dr. Wirth ersetzt worden, der sich bemühe, die Verpflichtungen seiner Regierung ehrlich zu erfüllen. Die energische Haltung Frankreichs und seiner Verbündeten habe also sofort ein günstiges Ergebnis gehabt. Nach Ansicht der französischen Regierung stellten die Sanktionen keinen Selbstzweck dar, und wenn die Ergebnisse, für die sie im März eingerichtet worden seien, erreicht wären, würde **Frankreich selber die Aufhebung der militärischen sowie der wirtschaftlichen Sanktionen vorschlagen.** Wenn in den letzten Tagen die Politik der deutschen Regierung sich geändert zu haben scheine, so sei das vielleicht geschehen, weil die **Deutschen geglaubt hätten, daß zwischen den Alliierten nicht mehr derselbe Zusammenhang wie im März bestehe,** als die Sanktionen durchgeführt wurden, oder wie im Mai, wo die Besetzung des Ruhrgebietes einmütig ins Auge gefaßt wurde. Jedenfalls könnten die alliierten Regierungen nicht **vergessen, daß es**

in Deutschland Umsturzelemente gäbe.

Innerhalb 14 Tagen hätten die Deutschen eine Armee von 40 000 Mann, im Ueberfluß mit Kriegsmaterial ausgestattet, auf die Beine gebracht. Es bleibe also eine **große Gefahr** weiter bestehen; das Kabinett Wirth könne zugunsten eines reaktionären Kabinetts gestürzt werden. Dann würde die verfrühte Aufhebung der Sanktionen, weit entfernt davon, eine Entspannung herbeizuführen, zu einer Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland führen, und die alliierten Regierungen wären gegen den schlechten Willen der neuen Machthaber Deutschlands waffenlos. Frankreich habe keine geheimnisvollen Hintergedanken. Seit zwei Jahren erwarte das französische Volk die gerechte Wiedergutmachung der Leiden, die der von Deutschland hervorgerufene Krieg ihm auferlegt habe. Frankreich habe eine ganze Jahresklasse mobil gemacht, ohne sich ihrer zu bedienen. Aber das **französische Volk,** so ruhig und edelmütig es sei, würde es nicht verstehen, daß die deutsche Regierung einen Tag, nachdem die **französischen Beamten in Leipzig beleidigt** worden seien, die Aufhebung aller Sanktionen erreicht. Die **französische Regierung schlage** indessen angesichts der Tatsache, daß die deutsche Regierung sich in gewissem Maße bemüht habe, ihre Mai-Verpflichtungen zu halten, selbst die **Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen** unter den von Loucheur angeführten Bedingungen **vor.** Was die **militärischen Sanktionen** anbetreffe, so sei die **Stunde für ihre Aufhebung noch nicht gekommen.** Sie werde demnächst kommen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen in der Reparationsfrage nachkomme, und wenn es die Arbeit der Kommission, die mit der Ueberwachung seiner Entwaffnung beauftragt sei, erleichtere. Die Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen würde bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates wieder aufgenommen werden können.

Nach dieser Rede Briands **beschloß der Oberste Rat,** indem er sich Briands Ansicht anschloß, folgendes:

1. Die militärischen Sanktionen werden aufrechterhalten. 2. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden aufgehoben. Ihre Aufhebung wird am 15. September in Kraft treten unter folgenden Bedingungen: a) die fällige Zahlung vom 31. August (eine Milliarde Goldmark) wird von Deutschland völlig beglichen, b) es wird eine alliierte Einrichtung ins Leben gerufen, um die Einfuhrbewilligungen für Erzeugnisse der alliierten Länder in dem besetzten Gebiete zu überwachen. Die Kommission in Koblenz wird ein Uebergangsregime einrichten, um die Inkraftsetzung der genannten Maßnahmen vorzubereiten.

Bezüglich der in Deutschland arbeitenden **Kontrollkommissionen** kam der Oberste Rat dahin überein, daß diese Kommissionen aufrechterhalten bleiben. In Uebereinstimmung mit dem Vorschlag des Marschalls Foch ist indessen ihr **schrittweiser Abbau** ins Auge gefaßt. Der Sitz der **Luftkontrollkommission** wird durch das alliierte Militärkomitee in Versailles festgesetzt werden.

Der Oberste Rat hat dann, bevor er sich trennte, auf den Vorschlag von Briand und mit warmer Billigung aller andern Mitglieder des Rates folgende **Tagesordnung** angenommen:

Bei Beendigung seiner Arbeiten legt der Oberste Rat Wert darauf, wiederum **seinen Willen zu betonen, den engen Zusammenhang zwischen den Alliierten aufrechtzuerhalten,** der, wie er glaubt, mehr denn je für den Frieden der Welt unerläßlich ist.

Zu Beginn der Sitzung hatte Loucheur dem Obersten Rat über die **Arbeiten der interalliierten Finanzkommission** Bericht erstattet. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine **Erörterung über die Frage der Kosten der Besatzungsarmee.** Der Oberste Rat nahm eine **Resolution** an, nach der die **Reparationskommission die Vollmacht** erhält, wenn ihre Mitglieder sich nicht einig werden, zu **einem Schiedsspruch zu greifen,** wenn darüber und über die Wahl des Schiedsrichters Einstimmigkeit erzielt wird.

Die Sitzung des Obersten Rates wurde darauf **geschlossen.**

Eine neue Tagung des Obersten Rates?

Paris, 14. August. Der diplomatische Berichterstatter der Chicago Tribune Henry Wales glaubt zu wissen, daß **Anfang September in London eine neue Tagung des Obersten Rates** stattfinden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210815/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

werde. Bis dahin würden einige der eingesetzten Ausschüsse zur Berichterstattung bereit sein. Auf dieser Tagung werde die Zurückführung der französischen Truppen aus dem Abschnitt Düsseldorf besprochen werden. Außerdem werde auch der Ausschuß für Herabsetzung der Kosten und des Umfanges der Besatzungsheere und der Zollkommissionen seine Vorschläge machen.

Die Tagung des Völkerbundes.

Berlin, 15. August. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) Wie der Berliner Montagspost aus Paris gemeldet wird, hat sich der Präsident des Völkerbundsrats mit dem Generalsekretariat des Völkerbunds in Verbindung gesetzt, um mit ihm das Datum und den Ort der nächsten Tagung des Rates zu bestimmen. Wahrscheinlich wird die Wahl auf Genf fallen. Der Völkerbundsrat dürfte vor Montag, den 22. August, nicht zusammenkommen.

Die Aufgabe des Völkerbundsrates.

Paris, 13. August. Wie Matin mitteilt, wird **Polen** als Mitglied des Völkerbundes bei der Beratung über die oberschlesische Frage jedenfalls **konsultativ zugelassen** werden. Auch die **Zulassung eines deutschen Delegierten wird wahrscheinlich bestimmt** werden. Das Blatt sagt, es sei **nicht sicher, daß der Völkerbundsrat** es übernehmen werde, die **Grenzlinie selbst festzusetzen**, was er bereits in der albanischen Frage **verweigert** habe. Man **erwarte** von ihm aber, daß er **in ethnographischer, geographischer und wirtschaftlicher Beziehung ein begründetes Gutachten abgeben werde, nach dem sich die oberschlesische Grenzlinie von selbst ergeben werde.** Einen Augenblick sei daran gedacht worden, die Frage den **Vereinigten Staaten** zum Schiedsspruch zu überweisen, aber die Haltung Amerikas, die eine Einmischung in diese europäische Frage ablehne, habe dazu geführt, daß dieser Plan fallen gelassen wurde.

Eine Note an Deutschland.

Berlin, 15. August. (TU.) **Der Oberste Rat hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris am 13. d. M. nachstehendes Schreiben übermittelt:**

„In Anbetracht **der Schwierigkeiten**, welche die Festsetzung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen bietet, hat der Oberste Rat die **Entscheidung**, welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Artikel 88 des Vertrages von Versailles obliegt, **vertagt.** Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Gesinnung zu würdigen wissen wird, die ihn dazu geführt hat, eine überstürzte Lösung abzulehnen. Im übrigen wird nichts unterlassen werden, damit **dieser Aufschub so kurz wie möglich ist.**

Der Oberste Rat rechnet fest darauf, daß die **deutsche Regierung** ihrerseits das **deutsche Volk auffordern** wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte **Ruhe zu bewahren** und daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die **Autorität der Interalliierten Kommission achtet.**

Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die **schwere Verantwortung**, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiete, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen in den Abstimmungsgebieten zu fördern, besonders, wenn sie nicht **jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden oder Bewaffneten streng untersindet.** Gez. Briand."

Halbamtlich wird dazu geschrieben: Die Note des Obersten Rats stellt leider fest, daß die Entscheidung über Oberschlesien erneut verschoben wird. Was die Ermahnung an die deutsche Regierung anbelangt, so ist diese allezeit streng bemüht gewesen, die Ruhe in Oberschlesien zu bewahren. Lediglich durch polnische Umtriebe und Gewalttaten ist die Ruhe in Oberschlesien gestört worden.

Wo war Herr Mayer?

Berlin, 15. August. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Montagspost schreibt: Aus dem Wortlaut der Meldungen über Briands Schritt bei der Deutschen Vertretung ergibt sich leider, daß das Schreiben nicht an den deutschen Gesandten Mayer, sondern an den deutschen Geschäftsträger von Hoesch ausgehändigt worden ist. Die Abwesenheit des Gesandten Mayer von Paris zu allen Zeiten, in denen an der Seine bedeutsame Entscheidungen fallen, ist nachgerade zu einer Selbstverständlichkeit geworden, über die sich in Deutschland niemand mehr wundert. Immerhin wäre es von Wichtigkeit zu erfahren, wann dieser aufgeregte Zustand einmal ein Ende finden wird.

Polen bringt seine Unzufriedenheit zum Ausdruck.

Paris, 14. August. Nach einer Havasmeldung aus Warschau hat der Ministerrat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, an die alliierten Mächte **eine Note** zu richten, in der erklärt wird, **daß die Vertagung der Lösung der oberschlesischen Frage Polen einen nicht wieder gutzumachenden Nachteil verursache.** Die Verweisung des Problems an den Völkerbundsrat verlängere in unnötiger Weise den Zustand der Ungewißheit, in der sich gegenwärtig die oberschlesische Bevölkerung befinde, denn sie vertage die endgültige Einrichtung einer inneren Verwaltung auf unbestimmte Zeit.

Verstärkung der Ententetruppen.

In einer von der Agence Havas verbreiteten Erklärung wird gesagt:

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Entscheidung und sodann zur Durchführung **der Entscheidung** werden **Frankreich, England und Italien Verstärkungen entsenden,** dabei auf den Standpunkt zurückgreifend, den bereits vor dem Zusammentritt des Obersten Rates die französische Diplomatie vertreten hatte, mit andern Worten, die **Inmarschsetzung neuer Truppen noch vor jeder Lösung.**

*

Oppeln, 15. August. (TU.) **Die Interalliierte Kommission hat eine neue Verstärkung der Apo-Hundertschaften in allen Orten angeordnet.** In Oppeln werden die Beamten in den nächsten Tagen auf die Apo-Hundertschaften verteilt.

Die Kriegsverbrecherprozesse.

Paris, 13. August. Aus der gestrigen Vormittagssitzung des Obersten Rates berichtet Havas über die **Debatte wegen der Kriegsbeschuldigten:** Der **englische Generalstaatsanwalt** erläuterte seine Eindrücke über die verschiedenen englischen Fälle und über die in Leipzig gefällten Urteile. Es gebe **drei Möglichkeiten.** 1. Man könne auch neue **Fälle** dem Leipziger Gericht **vorlegen,** 2. Man könne auf den Friedensvertrag zurückgreifen und die **Auslieferung verlangen.** 3. Jeder könne in seinem Lande die **deutschen Kriegsbeschuldigten in contumaciam verurteilen lassen.** Außer in einem Falle hätten die **Engländer keine Klage** über den Leipziger Gerichtshof vorzubringen.

Der **belgische Minister** des Aeußern Jaspar erläuterte dann kurz, daß der einzige Fall, der von Belgien dem Leipziger Gericht **unterbreitet wurde, der Fall Ramdohr, in Belgien große Erregung hervorgerufen habe.** Die Berichte der belgischen Delegierten, die diesem Urteilsspruch beigewohnt hätten, lauteten außerordentlich **ungünstig.** Nach der Anklagerede des Staatsanwalts und nach der Zeugenvernehmung habe man allgemein eine Verurteilung erwarten können. **Jaspar kritisierte scharf den Freispruch;** das belgische Parlament habe sich mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, den Fall Ramdohr dem Obersten Rat vorzulegen. Jaspar betonte, es sei notwendig, daß die Alliierten ihre Entscheidung in dieser Frage einstimmig treffen.

Briand sprach über die von Frankreich dem Leipziger Gerichtshof unterbreiteten Fälle und schlug vor, **der englische Generalstaatsanwalt und hohe französische, belgische und italienische Justizbeamte sollten die bisher abgeurteilten Fälle prüfen** und dem Obersten Rat ihren Bericht vorlegen. Der Oberste Rat werde sich dann darüber aussprechen. Die betreffenden Beamten sollten gleichzeitig beauftragt werden, **Anregungen über die künftig einzuschlagende Haltung zu geben.**

Inzwischen wird, wie Havas weiter berichtet, **dem Leipziger Gerichtshof** von den Alliierten **kein weiterer Fall vorgelegt werden,** und die Alliierten werden gegen die erfolgten Urteile **keinen Protest erheben.**

Die **Entschließung,** die der Oberste Rat heute vormittag in der Frage der Kriegsbeschuldigten gefaßt hat, lautet wie folgt:

Entsprechend der Note der alliierten Regierungen vom 7. Mai 1920 an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation **wird eine Kommission eingesetzt, die dem Obersten Rat ihre Ansichten über die Ergebnisse der vom Reichsgericht in Leipzig eingeleiteten Verfahren** sowie über die von diesem Gerichtshof in Sachen derjenigen Personen, deren Auslieferung auf Grund von Artikel 228 des Friedensvertrages von den Regierungen gefordert wird, **gesprochenen Urteile mitteilen** soll. Die Kommission soll auch **Vorschläge einreichen** über die künftige im Hinblick auf die Anwendung der **Artikel 228 bis 230** des Friedensvertrages einzunehmende Haltung. Diese Kommission wird aus Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens und Japans bestehen, und jedes dieser Länder soll die Möglichkeit haben, sich durch zwei Delegierte vertreten zu lassen.

Die Hilfsaktionen für Rußland und Oesterreich. — Orientfrage.

Paris, 13. August. Der Oberste Rat beschäftigte sich in der heutigen Vormittagssitzung auch mit der Frage der **Versorgung Rußlands** und beschloß, einen **internationalen Ausschuß,** der nicht nur Vertreter der Alliierten umfassen soll, **einzusetzen,** um die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Der Oberste Rat soll in diesem Ausschuß durch drei Mitglieder vertreten sein. Des ferneren wurde die **Orientfrage** besprochen und Marschall Foch gab Aufklärung über die **strategische Lage,** die Lage in den Meerengen und über deren Verteidigung, die sichergestellt werden müsse für den Fall, daß ihre Neutralität durch Griechenland oder durch die Türkei verletzt werde. Außerdem besprach der Oberste Rat die **finanzielle Lage Oesterreichs.** Die für Oesterreich vorgesehene Hilfe ist abhängig davon, daß Amerika auf seine Hypothek auf Oesterreich verzichtet. Der amerikanische Botschafter Harvey erklärte, eine Vorlage sei im amerikanischen Parlament eingebracht worden, um diese Hypothek aufzuheben. Der Oberste Rat sprach infolgedessen einstimmig den Wunsch aus, die Regierung der Vereinigten Staaten möge diesen Entwurf möglichst bald verabschieden lassen.

Beschlüsse der Finanzkonferenz.

Frankreich muß sich den Wert der Saargruben anrechnen lassen.

Paris, 14. August. Havas teilt über die Finanzkonferenz folgendes mit:

Die Modalitäten der **Rückzahlung der Kriegsschulden** Belgiens, d. h. der **Vorschüsse,** die diesem Land von Frankreich, England und Amerika während des Krieges bewilligt worden sind, sind gleichfalls **geregelt** worden, und zwar so, daß der **Anteil Frankreichs an den Zahlungen,** die Deutschland im Laufe der ersten Jahre leistet, **nicht wesentlich beschnitten** wird. Das Uebereinkommen setzt weiter fest, daß der **Wert der Saargruben,** der festzustellen bleibt, **Frankreich** zur Last geschrieben wird, und zwar auf Rechnung der vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen. Die Summe des Wertes dieser Gruben, wozu noch die von Deutschland **bereits in natura geleisteten** Zahlungen kommen, wird, soweit er den Gesamtbetrag der von Frankreich zur Unterhaltung der Besatzungsarmee aufgebrachten Kosten übersteigt, **Frankreich durch die Reparationskommission angerechnet werden,** und zwar innerhalb der am 1. Dezember 1922 beginnenden nächsten 5 Jahre, d. h. von dem Augenblick an, wo wahrscheinlich die belgische Priorität abgezahlt ist und wo infolgedessen die Abrechnung des zu erwartenden Ueberschusses bei den jährlich von Deutschland zu leistenden Zahlungen ohne Schwierigkeiten erfolgen kann.

Schließlich haben die Mitglieder der Finanzkonferenz beschlossen, **alle Maßnahmen zu ergreifen,** die notwendig sind, um in dem **Wechselkurse die bedeutenden Schwankungen zu vermeiden,** die dadurch hervorgerufen werden könnten, daß Deutschland Operationen vornehmen muß, um sich die fremden Devisen zu beschaffen, die es an die alliierten Mächte bezahlen muß.

Ferner wird noch berichtet: Die von **Deutschland** bis zum 31. August 1922 über Rotterdam und Antwerpen **gelieferte Kohle,** die bisher zum englischen Exportpreis tarifiert wurde, soll zum **deutschen Inlandspreis berechnet werden. Frankreich** erzielt dadurch im Augenblick einen **Vorteil von 140 Millionen Goldmark** durch das Abkommen.

Die Besatzungskosten.

Paris, 14. August. Nach dem Temps soll die von der interalliierten Finanzkonferenz angenommene **Grundziffer der täglichen Kosten für einen Soldaten der Besatzungsarmee** der bisherige Satz für einen französischen Soldaten, ungefähr **16 Frank** täglich, sein. Zu dieser Grundziffer kommt ein Zuschlag von 2 Goldmark für einen englischen Soldaten und von 3 Goldmark für einen amerikanischen Soldaten wegen der Entfernung dieser beiden letzteren Armeen von ihrem Heimatlande.

Der neue Marksturz.

Berlin, 15. August. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) **Von Neuyork wird eine neue scharfe Baisse des Markkurses gemeldet.** Sein Stand sei auf 1.16 Cent angelangt, was einer Dollarbewertung von 86.21 Mk. entspricht. Dadurch ist die Inflationspresse an der Berliner Börse stärker als je geworden. **In Börsenkreisen wird behauptet,** daß der jetzige Sturz der Mark in einem gewissen Zusammenhang mit den schwebenden Steuern stehe, die eine neue Teuerungswelle stärkster Art und damit eine neue Steigerung der Papiergeldflut heraufbeschwören, ohne die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt irgendwie zu garantieren. Die Spekulationswut auf dem Industrieaktien-Markt überschreitet jetzt alles bisher dagewesene. An der Berliner Börse weiß man nicht, wie man ihrer Herr werden soll.

Zur Abrüstungskonferenz.

London, 13. August. (DA.) Einer Neuyorker Meldung zufolge wird auf der Abrüstungskonferenz in Washington auch die Frage des Palästinamandats erneut zur Diskussion gestellt werden. Diese Erörterung soll im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die allgemeine Mandatspolitik der Großmächte stattfinden, da in gewissen politischen Kreisen sich eine Bewegung zur Auflassung des Mandatssystems bezüglich einzelner Länder geltend macht.

Paris, 14. August. Havas meldet aus Luxemburg: Der Friedenskongreß hat seine Arbeiten geschlossen nach Annahme verschiedener Entschließungen, darunter einer, die der Einberufung einer Abrüstungskonferenz durch Präsident Harding Beifall zollt, jedoch hinzusetzt, daß eine **vollständige Abrüstung nur durch den Völkerbund geschehen könne.** Ferner fordert der Kongreß bis zum Eintreffen der Entschließungen der Konferenz in Washington, daß **alle Flottenbauten eingestellt** werden und daß als erste Etappe auf dem Wege der Entwaffnung die Armeen der Großmächte auf mindestens das Maß verringert werden, das **Deutschland durch den Friedensvertrag zugestanden sei.** — Die nächste Konferenz wird in London stattfinden.

*

Paris, 13. August. (DA.) Nachdem vor einigen Tagen England das **Abkommen über den Internationalen Gerichtshof** ratifiziert hat, haben jetzt auch **Frankreich, Griechenland und Polen die Ratifizierung beschlossen.**

Das jugoslawische Blutgesetz.

Wir haben in der Nummer 182 unseres Blattes das schändliche Ausnahmegesetz gegen die jugoslawische Arbeiterschaft besprochen. Unsre damalige Besprechung stützte sich auf den Entwurf der Regierung, der nach den kurzen Berichten unverändert angenommen sein sollte. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß der gesetzgebende Parlamentsausschuß die Regierungsvorlage noch wesentlich verschärft und die reaktionäre Mehrheit der Nationalversammlung die so verschlimmerte Vorlage angenommen hat. In erster Linie wird nach dem nun in dieser Fassung beschlossenen Gesetz in allen Artikeln schon die **bloße kommunistische Propaganda als strafbares Verbrechen** bezeichnet. Ausdrücklich wird in dem 2. Absatz des Artikels 1 gesagt:

„Die Organisierung, Unterstützung oder der Beitritt als Mitglied zu irgendeinem Verein, der als Ziel die **Propaganda für den Kommunismus, Anarchismus oder Terrorismus hat . . .**" wird auf Grund des Artikels 2 **„mit dem Tode oder mit Zuchthaus bis zu zwanzig Jahren bestraft."**

Außerdem hat der gesetzgebende Ausschuß noch den folgenden Artikel 18 in das Gesetz eingefügt:

„Alle jene, welche der **kommunistischen Partei** oder irgendeiner Vereinigung, welche durch dieses Gesetz verboten wurde, **angehören, können weder öffentliche Dienste oder Funktionen versehen, noch Abgeordnete oder Würdenträger der autonomen Körperschaft sein.** Dies bezieht sich **auf Angestellte von Privatanstalten,** welche irgend welche Privilegien seitens des Staates genießen und **deren Angestellte der kommunistischen Partei angehören.** Personen, welche jetzt die vorn angeführten Funktionen ausüben, werden nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes derselben **enthoben.** Beamte und öffentliche Angestellte, welche aus diesem Grunde ihrer Pflichten enthoben werden, können beim Staatsrat Einspruch erheben. Der Einspruch besitzt keine aufschiebende Wirkung."

Durch diesen Schandparagraph wird ein Siebentel der Volksvertreter — 59 von 418 Abgeordneten — seiner **Mandate beraubt.** Ferner werden auf Grund dieses Paragraphen zahlreiche kommunistische Bürgermeister und Gemeinderäte ihrer Funktionen enthoben. Alle Arbeiter und Angestellten, die der kommunistischen Partei oder sonst einer revolutionären Organisation angehören und in staatlichen Betrieben und Anstalten beschäftigt sind, werden auf die Straße geworfen; ebenso die Angestellten sogenannter „privilegierter Betriebe", wie z. B. der Krankenkassen. Wie der Wiener Arbeiterzeitung aus Agram berichtet wird, sind die Beamten der Krankenkassen und der Kassen für die Arbeiterversicherung, in deren Verwaltung kommunistische Parteiangehörige saßen, bereits **entlassen** und die Kassen vom Ministerium für Sozialpolitik (!) aufgelöst worden.

Die in der Regierungsvorlage enthaltenen Bestimmungen über die Verfolgung der Verdächtigen und ihrer Verwandten, sowie über die Zerstörung von Siedlungen, in denen sich die Verfolgten verbergen und über die Deportation der Bewohner solcher Dörfer, sind vorläufig gestrichen worden. Sie sollen aber keineswegs verschwinden, sondern sollen in einem besonderen Gesetz zusammengefaßt werden.

An Brutalität und Barbarei haben die blutdürstigen „Vertreter des Volkes" in dem reaktionären Parlament die Väter des Entwurfs noch dadurch übertroffen, daß sie die schon in der Regierungsvorlage vorgesehenen barbarischen Strafen noch durch Einfügung **der Todesstrafe** vermehrt und verschärft haben. Todesstrafe für bloße kommunistische oder anarchistische Propaganda! Diese eine Tatsache zeigt die ganze Brutalität der von wildestem Haß gegen die revolutionäre Arbeiterschaft beseelten bürgerlichen Terroristen. Dabei bedeutet die Einfügung der Todesstrafe einen glatten Verfassungsbruch, denn der Artikel 9 der jugoslawischen Verfassung bestimmt ausdrücklich:

„Die Todesstrafe kann für ein politisches Delikt nicht verhängt werden. Ausgenommen sind Attentate oder Attentatsversuche auf die Person des Monarchen oder auf Mitglieder des Königshauses; für diese Delikte ist die Todesstrafe schon im Strafgesetzbuch vorgesehen."

Das Verhalten der jugoslawischen Machthaber zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß sich die bürgerliche Gesellschaft unbedenklich über alle in den Verfassungen festgelegten Rechte und Rechtsgarantien hinwegsetzt, wenn sie sich in ihrer Herrschaft bedroht sieht. Es charakterisiert die Barbarei und den Blutdurst dieser Sippschaft, daß sie obendrein noch das Alter für die Verhängung der Todesstrafe vom 24. Lebensjahr in Kroatien und vom 21. Jahr in Serbien auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt hat. Es ist die nackteste und brutalste Diktatur einer vertierten Soldateska und einer gleichwertigen Bureaukratie, die jetzt in Jugoslawien zum Schutze des neuen kroatisch-serbischen Nationalstaates errichtet wird, eine Diktatur, die übrigens überall in den osteuropäischen Staaten angestrebt wird und zum Teil bereits verwirklicht ist.

Der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes.

Das Reichskabinett beschäftigt sich demnächst mit dem Entwurf eines neuen Hausgehilfengesetzes, über den zur Zeit Einzelheiten leider nicht vorliegen. Aber was an Allgemeinem darüber bekannt geworden ist, zeigt klar, daß der Entwurf zu einer berechtigten Kritik Anlaß geben wird. Zunächst ist ein Verbot der Kinderarbeit nicht vorgesehen und was über notwendige Kontrollorgane zur Verhinderung der Ausbeutungsabsichten gesagt wird, läßt vermuten, daß die Ausbeutung der Kinder bei der Hausarbeit ziemlich freien Spielraum haben wird. Zu der Einführung des Achtstundentages konnten sich die Väter des Entwurfs nicht aufschwingen, vielmehr sieht der Entwurf eine Arbeitsbereitschaft von 13 Stunden mit insgesamt zwei Stunden Pause für alle Tagesmahlzeiten vor. Da aber die Arbeitsbereitschaft bei Hausangestellten gleichbedeutend mit Arbeitsleistung ist, so sollen die Hausgehilfen zu einem gesetzlichen Arbeitstag von elf Stunden gezwungen werden. Gleich rückschrittlich sind die Bestimmungen über die Beschaffung von Schlafräumen und Kost. Genaue Vorschriften in bezug auf die Schlafräume ließen sich nicht durchführen, so wird versichert, aber die Schlafräume sollen gesundheitlich einwandfrei und heiz- und lüftungsfähig sein, Begriffe, die sehr dehnbar sind und dem Ermessen der „Herrschaft" den weitesten Spielraum lassen. Man denke nur an die Räume, die den Hausgehilfen gewöhnlich als Schlafraum zugewiesen werden. Ebenso nichtssagend ist der Passus über die zu verabfolgende Kost. Sie soll gesund und auskömmlich sein. Werden hierüber vielleicht die Aerzte bestimmen, die uns während des Krieges die fettlosen Kohlrübenmahlzeiten als auskömmlich und gesund bezeichneten? Der Urlaub soll acht Tage im Jahre währen, aber die Gewährung von Urlaub wird der freien Abmachung überlassen. Schließlich soll eine Hausgehilfenkarte mit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210815/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Lichtbild eingeführt werden, damit für jeden Hausgehilfen und jede Hausgehilfin jederzeit ein Steckbrief vorhanden ist.

Sobald nähere Einzelheiten vorliegen, werden wir auf den Entwurf noch zurückkommen.

Die Partei des großen Mauls.

Die wirkliche Mitgliederzahl der Kommunisten-Partei.

Ein kommunistisches Provinzorgan hat einen Bock gemacht. Es hat vertrauliche Mitteilungen der Zentrale versehentlich veröffentlicht. Sie betreffen die Mitgliederzahl der Partei, auf Grund deren die Zahl der Delegierten für den Jenaer Parteitag bestimmt wird. Die Rechnung sieht so aus:

Bezirk	Angegeb. Mitgliederzahl	Mitgl.-Zahl nach Beiträgen	Zustehende Delegierte
1. Berlin-Brandenburg	20262	25998	26
2. Lausitz	2434	1374	1
3. Pommern	4261	2596	3
4. Ostpreußen	9000	2250	3*
5. Danzig	4300	1614	2
6. Schlesien	nicht angegeben	nicht abgerechnet	1
7. Oberschlesien	"	"	1
8. Ostsachsen	3673	4459	4
9. Erzgebirge-Vogtland	17435	23798	24
10. Westsachsen	14338	13794	14
11. Halle-Merseburg	66000	25251	25
12. Magdeburg-Anhalt	7207	1737	2
13. Thüringen	23000	nicht abgerechnet	1
14. Niedersachsen	nicht angegeben	1050	1
15. Mecklenburg	6100	nicht abgerechnet	1
16. Wasserkante	40000	"	1
17. Nordwest	8685	7064	7
18. Oestliches Westfalen	1095	1102	1
19/20. Rheinland-Westfalen	58874	7786	8
21. Mittelrhein	12000	5596	6
22. Hessen-Waldeck	1579	911	1
23. Hessen-Frankfurt	10981	11521	12
24. Pfalz	2314	3308	3
25. Baden	7398	6350	6
26. Württemberg	15000	10754	11
27. Nordbayern	7829	839	1
28. Südbayern	nicht angegeben	1994	2
Summa:	335764	161146	168

Aus dieser Rechnung ist ersichtlich, daß „die revolutionäre Massenpartei" insgesamt nur 161 000 Mitglieder hat, eine Zahl, die weit zurückbleibt hinter den großmäuligen Ankündigungen der Kommunisten über ihre Stärke. Hatte man nach Halle doch wiederholt in der Roten Fahne gelesen, daß die Parteiorganisation eine halbe Million umfasse. Die Offenheit des Provinzorgans über den wahren Stand der Mitglieder ist deshalb der Roten Fahne sehr unangenehm und sie unternimmt deshalb den Versuch, diese für sie betrübliche Tatsache unter allerlei Verrenkungen zu vertuschen. Daß die VKPD. nicht mehr als 161 000 Mitglieder hat, ist nicht zu bestreiten, wahrscheinlich hat sie sogar noch weniger, aber — und hier erinnert die Beweisführung der Roten Fahne an den Satz: die Armut kommt von der Poverte — das rührt nur daher, weil die Mitglieder nicht zahlen. So hat, wie die Rote Fahne zugibt, der Bezirk Rheinland-Westfalen mit seinen angeblich 58 000 Mitgliedern nur für 7800 abgerechnet. Der Rest — nun der hat sich in Rheinland-Westfalen ebenso verflüchtet wie in Mitteldeutschland und andern Bezirken.

* Ostpreußen ist wegen der dort herrschenden besonders großen Arbeitslosigkeit ein weiterer Delegierter zugestanden worden.

Proletarische Einheitsfront gegen den Brotwucher.

Große Protest-Demonstration in Bremen.

Bremen, 13. August. Heute haben hier die drei proletarischen Parteien auf Anregung der U. S. P. in einer großen Massendemonstration gegen den Brotwucher protestiert. An 25000 Teilnehmer waren versammelt. Um 3 Uhr nachmittags marschierten die Belegschaften der Hafenbetriebe geschlossen zur Kundgebung. Die Straßenbahnen standen.

Die Polizei hatte die Arbeiterschaft aufgefordert, ihre Ordner zu stellen. Dabei hatte sie selbst aber große Rüstungen getroffen und in einem Geheimbefehl den Polizisten eingeschärft, gegebenenfalls auch vor Waffengebrauch nicht zurückzuschrecken. Es sollten nämlich nach „Meldungen", die bereits eingelaufen waren, Lebensmittel-Plünderungen von Geschäften zu erwarten sein. Die Ordner der Arbeiterschaft haben nämlich dafür gesorgt, daß die reaktionären Spekulanten auf Unruhen nicht auf ihre Rechnung kamen.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

Paris, 14. August. Chicago Tribune meldet aus Washington, Präsident Harding habe einigen Senatoren erklärt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland rasch Gestalt annehme. Wahrscheinlich werde er allerdings vor Dezember nicht im Senat eingebracht werden. Senator Borah soll von dem Präsidenten die Mitteilung erhalten haben, daß der Vertrag sich eng an die Resolution Knox-Porter mit ihren Bestimmungen zur Wahrung der amerikanischen Rechte auf Grund der früheren wirtschaftlichen Abmachungen der Alliierten anschließen werde. Gleichzeitig soll mit der Ausarbeitung der Friedensverträge mit Ungarn und Oesterreich begonnen worden sein. Die formelle Friedensproklamation werde vermutlich bis zur völligen Fertigstellung des deutschen, des ungarischen und des österreichischen Friedensvertrages aufgehoben werden. Als Grundlage des Friedens mit Oesterreich werde der Friedensvertrag von St. Germain, als Grundlage des Friedens mit Ungarn der von Trianon dienen.

Tschecho-slowakische Vorstellungen in Berlin

Wien, 15. August. (TU.) Aus Prag wird gemeldet: Bei dem Leichenbegängnis des in Aussig durch Tschechen getöteten Reichsdeutschen Hoff hielt auch der Legationsrat der deutschen Gesandtschaft in Prag, Dr. Limmer, eine Gedächtnisrede, in welcher er darauf verwies, daß durch derartige Zusammenstöße das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei getrübt werde. Nun erklärt das Blatt des Ministers des Aeußern, daß wegen dieser ungewöhnlichen Rede die tschecho-slowakische Regierung in Berlin Vorstellungen erheben wird.

Der Kampf der Reaktion gegen Rußland.

Berlin, 15. August. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) Der Berliner Lokalanzeiger bringt fortgesetzt übertriebene Meldungen über die Lage in Rußland. So läßt sich das Blatt aus Kopenhagen melden, daß nach einem Telegramm aus Helsingfors Maxim Gorki mitgeteilt habe, daß er Rußland zur Zeit nicht verlassen könne, da dort jeden Augenblick ein Umsturz zu erwarten sei. Er könne sich höchstens auf kurze Zeit zur Erholung nach Finnland begeben. Die Meldungen von dieser Art sind selbstverständlich mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Der Lokalanzeiger druckt ferner einige Briefe russischer Schriftsteller ab, die sich gegen die Hilfsaktion für Rußland wenden; so einen Brief Dimitri Merischkowskys an Gerhart Hauptmann, in dem gesagt wird, der Hunger sei der Dolch in der Hand der Bolschewisten. In ähnlichem Sinne habe sich der Schriftsteller Iwan Naschiwin in einer Zuschrift an das Blatt geäußert.

De Valera lehnt die englischen Vorschläge ab.

London, 14. August. (Reuter.) Heute ist der Text der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und Irland veröffentlicht worden. Er zeigt, daß die Regierung Irland den Status der britischen Uebersee-Dominions anbietet mit vollständiger Autonomie in der Besteuerung, den Staatsfinanzen und der Verteidigung im Innern. Das Anerbieten ist aber an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, unter denen zu erwähnen ist, daß die britische Flotte das Meer kontrolliert und daß Irland im Verhältnis zu den Kosten des britischen Heeres, der Flotte, der Kriegsschulden und der Pensionen beitragen muß.

de Valera sagte in seiner Erwiderung vom 10. August, daß das Sinnfeiner-Parlament die britischen Vorschläge nicht annehmen könne und daß das irische Volk sie nicht annehmen würde, da sie sich widersprächen. Die Vorschläge erkennten Irlands Recht auf Selbstbestimmung an, machten diesen Grundsatz aber unwirksam durch die darauf folgenden Festsetzungen, die eine unzulässige Einmischung in die irischen Angelegenheiten bedeuteten. Die Antwort wiederholt, daß das irische Recht, für sich selbst zu wählen, als unantastbar angenommen werden müsse. Irland sei gleich den kleinen Staaten Europas bereit, seine Unabhängigkeit auf der Grundlage seines moralischen Rechts zu wagen.

Lloyd George antwortete auf diese Erwiderung de Valeras am 13. August. Er erklärte, die britische Regierung könnte ein Recht Irlands, sich vom britischen Reich zu trennen, nicht anerkennen. Auf das nördliche Irland könne kein Zwang ausgeübt werden. Die geographische Lage Irlands mache es zu einem unteilbaren Teile des britischen Inselreichs. Lloyd George fordert de Valera von neuem auf, die Vorschläge der englischen Regierung in Erwägung zu ziehen. —

In einem Briefe vom 4. August setzte der südafrikanische Premierminister Smuts de Valera auseinander, daß Lloyd George Irland vollständiges Homerule anbiete, das nur gewissen strategischen Sicherheitsbedingungen unterworfen sei, auf derselben Grundlage, wie es bei den andern Dominions des britischen Reichs der Fall sei. Smuts sprach in diesem Briefe die Hoffnung aus, de Valera werde die Bedingungen annehmen, da eine Ablehnung ihm die Sympathien entfremden würde, die die Hauptstützen der irischen Bewegung gewesen seien. Smuts ist überzeugt, daß keine Lösung auf der Grundlage eines sofortigen Eintritts Ulsters in den irischen Staat Erfolg haben würde, da Ulster nicht zustimmen würde und nicht gezwungen werden könne. Er gibt daher de Valera den Rat, Ulster allein zu lassen in er Hoffnung, daß es später zum irischen Staate kommen werde.

Die Haltung Nordirlands.

London, 14 August. Nach einer Reutermeldung erklärte der Premierminister von Ulster in einem Briefe an Lloyd George, daß die Regierung von Ulster es ablehne, sich mit der Festsetzung eines Abkommens zwischen Großbritannien und Südirland zu befassen. Ferner spricht er die Erwartung aus, daß die Sinnfeiner hinsichtlich Ulsters den status quo und sich jeder Einmischung in Ulsters Rechte und Angelegenheiten enthalten werden. Der Premierminister von Ulster setzt hinzu, daß keine Zusammenkunft mit de Valera möglich sei, solange dieser nicht Nordirland anerkenne. Er werde sich keiner andern Autorität unterwerfen als derjenigen des Königs und des Parlaments des Vereinigten Königreichs.

Ungarn und die Gebietsabtretungen.

Budapest, 14. August. In der Nationalversammlung erklärte in Beantwortung einer Interpellation Ministerpräsident Graf Bethlen, die ungarische Regierung werde alle Maßnahmen treffen, um die anstandslose Uebernahme des Baranyaer Gebiets zu sichern. Die nötige Anzahl ungarischer Beamten werde noch vor Abzug der serbischen Truppen an Ort und Stelle bereitstehen, um die Verwaltung sofort zu übernehmen. Man werde Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet in jeder Hinsicht aufrechterhalten. — Der Minister des Aeußern, Graf Banffy, erklärte einem Mitarbeiter des Az Ujsag, der Einzug der ungarischen Truppen in das Baranya-Gebiet werde am 20. August beginnen und am 30. beendet sein.

Die Räumung Fünfkirchens. Ueber die gegenwärtige Lage in Fünfkirchen wird der U. K. gemeldet: Nach Aeußerungen der hier eingetroffenen Ententemissionen soll die Uebergabe von Baranya am 23. August d. J. erfolgen. In einer letzten Unterredung erklärte der jugoslavische Ministerpräsident dem Bürgermeister Béla Linder, daß die Bemühungen der südslavischen Regierung, die Besetzung weiter aufrecht zu erhalten, erfolglos geblieben seien. Den politischen Flüchtlingen in Fünfkirchen soll ein Asylrecht auf südslavischem Gebiete eingeräumt werden. Linder selbst beabsichtigt, wie verlautet, zunächst den Grafen Karolyi in Szalato zu besuchen. Die Erregung der Bevölkerung wegen des bevorstehenden Einzuges der ungarischen Truppen ist groß. Es fanden zahlreiche Arbeiterversammlungen statt, die zum Teil sehr erregt verliefen. Der sozialistische Munkas schreibt, daß ein Widerstand organisiert werden müsse, da Fünfkirchen die Hoffnung aller ungarischen Emigranten sei.

Belgrad, 14. August. In Fünfkirchen wurde als Protest gegen die bevorstehende Räumung des Baranya-Gebietes durch die südslawischen Truppen der Generalstreik erklärt.

Die Abtretung Westungarns.

Wien, 15. August. (TU.) Der Ausschuß für Auswärtiges besteht darauf, daß Westungarn unbedingt bis zum 27. August übergeben werden muß. Erst nach diesem Termin wird auf Vorschläge, welche Ungarn in der letzten Zeit erhoben hat, eingegangen werden. Von einem Verzicht auf Oedenburg kann unter keinen Umständen die Rede sein.

Der Pronay-Skandal.

Budapest, 13. August. In der Nationalversammlung verlas der Landesverteidigungsminister den Bericht des Budapester Militärkommandanten über die Untersuchung gegen den Oberstleutnant Pronay wegen Verletzung des Immunitätsrechts des früheren Präsidenten der Nationalversammlung Rakovsky. Pronay wurde mit 30 Tagen Zimmerarrest bestraft. — Die Nationalversammlung hat an Stelle des zurückgetretenen Stefan Rakovsky (christlich-national) Gaston Gaal (Partei der Kleinen Landwirte) zum Präsidenten gewählt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Eine neue Niederlage der Spanier.

Die Dena meldet aus Madrid: General Navarro hat sich, selbst schwer verwundet, mit seinen Truppen den Riff-Kabylen ergeben müssen. Der Kommissar für Marokko, General Berenguer, hat Unterhandlungen zu seiner Befreiung angeknüpft. Die Lage in Melilla ist sehr kritisch geworden, da die Stämme der Beni und Sicar in der Umgebung von Melilla, die sich bislang neutral verhalten hatten, zu den Aufständischen übergegangen sind. Trotzdem hofft man, Melilla halten zu können — Das neue spanische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz: Maura, Auswärtiges: Santoya, Finanzen: Cambo, Marine: Decortuna, Krieg: La Cierva, Oeffentliche Arbeiten: Maetzu, Unterricht: Sylio, Inneres: Doçoelle de Portugal, Arbeit: Matod, Justiz: Rodrigues.

U. K. **Die Freilassung der ungarischen Kommunisten.** Die ungarische Nationalversammlung hat, wie der Ungarischen Korrespondenz aus Budapest gemeldet wird, den Gesetzentwurf betreffend den Austausch von verurteilten Kommunisten angenommen. Gemäß dem mit der russischen Regierung getroffenen Abkommen werden für jeden aus Rußland kommenden Transport von Kriegsgefangenen eine bestimmte Anzahl von verurteilten Kommunisten freigelassen werden. Der ungarische Delegierte Junghert, der die Verhandlungen in Reval geleitet hat, trifft dieser Tage in Berlin ein, um mit der deutschen Regierung Besprechungen über die technische Durchführung des Austausches zu pflegen. Da die Transporte über deutsches Gebiet gehen, soll Deutschland die Rolle des Vermittlers übernehmen.

Kein türkischer Sieg? Wie Havas aus Athen meldet, dementiert der Generalstab die türkischen Nachrichten von einer neuen Schlacht jenseits von Eski Schehir. Er erklärt, dort hätten lediglich einige Plänkeleien stattgefunden.

9. Internationaler Metallarbeiter-Kongreß.

Luzern, 10. August 1921

Zu dem vom Sekretariat vorgelegten neuen

Statutenentwurf

führt der Sekretär Ilg aus, daß der Entwurf bereits vom Zentralkomitee diskutiert und den einzelnen Landesorganisationen zugestellt worden sei. Die von Holland vorgeschlagenen Abänderungsvorschläge seien nicht grundsätzlicher Natur, er könne sich mit ihnen einverstanden erklären. Er habe bei der Entwerfung des Statuts Wert darauf gelegt, daß man zu einer prinzipiellen Stellungnahme komme. Als Beitragsleistung ist auf je 1000 Mitglieder ein Betrag in der Höhe des Arbeitslohnes für 9 Stunden eines hochqualifizierten Arbeiters vorgesehen. Darüber hinaus aber soll auf Beschluß des Zentralkomitees bei besonders schwierigen Kämpfen einer Landesorganisation ein Extrabeitrag in Höhe eines Stundenlohnes zur Unterstützung erhoben werden können. Zur Fassung eines solchen Beschlusses des Zentralkomitees soll eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein.

Besonders wichtig sei, daß die Landesorganisationen auch die Organe schaffen, die die Verbindung mit dem Bund regelmäßig und zuverlässig aufrechterhalten. Das gelte besonders für diejenigen Länder, in denen viele Organisationen und keine Zentralverbände vorhanden sind. Er bittet um möglichst unveränderte Annahme des Entwurfes.

In der Diskussion begründete zunächst der holländische Vertreter die von seiner Landessektion gestellten Abänderungsanträge, die mehr technischer Art sind. Nachdem in den Statuten als Zweck des Bundes auch die Uebernahme der Produktion durch die Arbeiterschaft bezeichnet sei, müsse auch durch Publikationen die Erziehung zu dieser Aufgabe erfolgen.

Die englischen Vertreter beantragen, daß im § 7 eine Aenderung insofern vorgenommen werden soll, als der Beitrag höchstens 15/— betrage. Die Fassung des Entwurfes bedeute für die englischen Organisationen eine sehr starke Belastung und man müsse dabei berücksichtigen, daß noch sehr viele Verbände in England dem Bunde noch nicht angeschlossen seien und ihre unbedingt notwendige Gewinnung durch solch hohe Beiträge sehr erschwert würde.

Ebenso haben die englischen Delegierten Bedenken gegen die Festlegung eines so hohen Extrabeitrages, wie sie § 9 vorsehe. Es dürften auch einem Zentralkomitee nicht zu weitgehende Machtvollkommenheiten eingeräumt werden. Sie ziehen vor, daß in Fällen schwerer Kämpfe der Landesorganisationen ein Appell an die freiwillige Hilfe erfolge und im übrigen die Sektionen danach streben, möglichst selbständig ihre Kämpfe durchzuführen.

Der Sekretär Ilg erwidert auf diese Einwände, daß es sich hierbei nicht lediglich um eine Geldfrage, sondern um eine grundsätzliche Festlegung handle, ob der Bund zu einer Kampforganisation entwickelt werden solle. Die britischen Kollegen sehen die Sache zu schwarz an, denn selbstverständlich dürfe ein Extrabeitrag nur bei ganz besonders schweren Kämpfen, bei denen es sich nicht lediglich um Lohnfragen, sondern um Errungenschaften grundsätzlicher Art und ihre Verteidigung handelt, in Anwendung kommen. Auch dem Unternehmertum gegenüber sei es von großer Wichtigkeit, auszusprechen, daß die Metallarbeiterschaft zur praktischen Betätigung internationaler Solidarität entschlossen sei, einer Solidarität, die die Unternehmer schon längst, besonders aber seit der Washingtoner Konferenz praktisch üben.

Es müsse übrigens nicht in jedem Falle ein ganzer Stundenlohn als Extrabeitrag erhoben werden, sondern es könne auch ¼ oder ½ des Stundenlohnes zur Erhebung gelangen. Wenn es aber gelte, internationale Solidarität zu üben, was könne da der Beitrag eines Stundenlohnes bedeuten?

Auf Vorschlag der britischen Sektion werden die fraglichen Paragraphen zur nochmaligen Beratung an das Zentralkomitee zurückverwiesen, um eine Verständigung herbeizuführen.

Das Statut wird darauf einstimmig unter Vorbehalt des Artikels 9 angenommen.

Damit ist der Bund auf eine neue, festere Basis gestellt und die Voraussetzungen geschaffen, daß aus ihm ein Organ des internationalen proletarischen Klassenkampfes werde.

Von Nah und Fern.

Die Waldbrände in Oberschlesien.

TU Gleischewald, 15. August. Einen trostlosen Anblick gewähren die durch vernichtende Brände heimgesuchten Waldbestände in Gleischewald, Emanuel-Schacht und Bogutschütz. Riesige Strecken sind entweder ganz oder teilweise vernichtet. Waldbestände, die vom Feuer verschont geblieben waren, mußten bei den Löscharbeiten niedergeschlagen werden. Auch am Sonntag wüteten die Flammen noch an mehreren Stellen trotz des andauernden Regens am Sonnabend und Sonntag. Den Besitzern der abgebrannten Wälder ist ein Schaden entstanden, der noch nicht zu übersehen ist.

Fabrikbrand.

Mettlach (Rheinland), 13. August. In der Nacht zum Freitag entstand in der Fabrik von Villeroy & Boch und im Schloß Mettlach ein riesiger Brand, dem die Fabrikgebäude zum Opfer fielen. Auch das Schloß wurde fast vollständig vernichtet. Der Schaden wird auf annähernd 10 Millionen Mark geschätzt.

Eisenbahnunglück.

Beuthen, 13. August. Gestern entgleiste auf dem Wege Beuthen—Antonienhütte ein Kleinbahnzug. Ein Fahrgast wurde getötet, 13 wurden verletzt. Die Ursache des Unglücksfalles ist noch nicht festgestellt.

Raubüberfälle.

Beuthen, 13. August. Heute früh wurde ein Geldtransport auf dem Wege zur Grube Kardinalsfreude von 12 Räubern überfallen, die 700 000 Mark raubten und nach Schomberg flüchteten. Mehrere Räuber wurden einwandfrei erkannt.

Hülsen, 15. August. (TU.). Ein radfahrender Räuber überfiel auf der Hülsener Landstraße die Bureauangestellte Hahn und raubte ihr eine Aktenmappe mit 46 000 Mark. Ein Telegraphenleitungsarbeiter verfolgte den Räuber auf seinem Rade; doch gelang es dem Räuber zu entkommen.

Bestialischer Mord.

Augsburg, 15. August. In Eurishofen wurde an der 17jährigen Lehrerstochter Kappelmayer ein Lustmord verübt. Der als Trunkenbold bekannte Arbeiter und Wirt Angerer lockte das Mädchen in seine Wohnung, betäubte es dort mit einem Schaufelschlag, brachte es in den Keller, vergewaltigte es dort und tötete es hierauf nach heftiger Gegenwehr durch Abschneiden der Kehle. Hierauf raubte er die Barschaft des Mädchens und das mitgebrachte Damenrad. Die Leiche verscharrte er im Walde. Der Täter ist verhaftet und geständig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Ernst Franzel in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210815/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1415.

Montag, den 15. August 1921
171. Anrechts-Vorstellung (5. Folge, weiß)
Gastspiel des Petz Kainer-Ballett.

Vorher: Neu einstudiert
Die schöne Galathee.
Komisch mythologische Oper in einem Akt von Polly Henrion
Musik von Franz von Suppé.

Musikalische Leitung: Kurt Abel. — Szenische Leitung: Rud. Anser.
Personen: Pygmalion, ein junger Bildhauer (Erich Guckmann), Ganymed, sein Diener (Frieda Metty); Midas, Kunsthändler (Rudolf Kuder); Galathee, Statue (Ena Döhle).
Einfache Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Dienstag, den 16. August: 172. Anrechtsvorstellung (4. Folge, braun): Gastspiel des Petz Kainer-Ballett. — Vorher: Der Schlachtenlenker. Anfang 7½ Uhr. Einfache Preise.
Mittwoch, den 17. August: 173. Anrechtsvorstellung (5. Folge, blau): Gastspiel des Petz Kainer-Ballett. — Vorher: Die schöne Galathee. Anfang 7½ Uhr. Einfache Preise.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1410.

Montag, den 15. August 1921
Ab dafür!!
(Neunzehn-hundert-neunzehn!)
Eine Zeitschmurre in 3 Akten von Toni Impekoven und Karl Mathern.
In Szene gesetzt von Herbert Hübner.

Personen: **Prof. Dr. Otto Engerlin**, die leibhaftige Gutmütigkeit (Karl Huth); **Maria**, seine vom Geist der Zeit besessene Frau (Marie Talldorf); **Fränze**, ihre moderne Tochter (Marianne Kupfer); **Freddy Warburg**, Vetter und auch sonst ein feiner Herr (Eugen Rhemer); **v. Grumbach**, eine gute Menschenseele und Hamsterquelle (Fritz Rusch); **Staatsanwalt Dr. Voß**, lernt die kraßesten Sachen kennen (Alfred Schlageter); **Juliette**, seine Frau, macht sich der Bethilfe schuldig (Lilly Hesse). **Geh. Rat Prof. Georgi**, ein sehr hungriger geistiger Arbeiter (Hans Bekler); **Kommerzienrat Moritz Bendheim**, der Mann mit dem Köppchen (Wilhelm Walter); **Gräfin Alma von Villeneuve**, nicht von der Naiven zu spielen (Agnes del Sarto); **Ferdinand Schattenfeld**, verdient seine Gelder spielend (Hans Zeise-Göll); **Gerichtsvollzieher Biedermann**, der Staatserhaltende (Wilhelm Engst); **Polizeikommissar Buddecke**, der ewige Wahrheitssucher (Oskar Berger); **Schnurmann Krause**, der ihm herausmobeln hilft (Artur Niklas); **Emma**, ein wohlorganisiertes Dienstmädchen (Marie Schippang); **Der Klamottenmax**, Personalbeschreibung bei den Akten (Herbert Hübner); **Ein rothaariger Mann** (Fritz Wendel); **Herr Müller**, ein Kellner (Rudolf Plaek).
Gäste (Damen und Herren), Arbeiter. — Ort: Berlin.
Einfache Preise. Einlaß 7½ Uhr. Anf. 8 Uhr. Ende ungef. 10½ Uhr.
Dienstag, den 16. August: Der Biberpelz. Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, den 17. August: Ab dafür! Anfang 8 Uhr. Einf. Preise.

Neues Operetten-Theater.

Poststraße (Nachdruck verboten.) Fernruf 2484.

Montag, den 15. August: Vorstellung für den Leipziger Männerchor und Hausbesitzerverein: **Die Faschingsfee.** Anfang 7½ Uhr.
Dienstag, den 16. August: **Die spanische Nachtigall.** Anfang 7½ Uhr. Einfache Preise.
Mittwoch, den 17. August: **Das Holländweibchen.** Anfang 7½ Uhr.

Krystall-Palast
Theater Fernr. 2071

August 1921.
Das neue erstklassige
Varieté-Programm
Anfang ½8 Uhr. Anfang ½8 Uhr.

Battenberg

Varieté Tel. 1370 **Theater**

Anfang ½8 Uhr
Dario Paini
das Karten-Phänomen
und das sensationelle
Varieté-Programm

Anfang 8 Uhr
Gastspiel des Herrn **Bernhard Rahn** vom Stadttheater in Augsburg
Und die Liebe höret nimmer auf
Schauspiel in 3 Aufzügen.
Morgen:
Und die Liebe höret nimmer auf

Vorverkauf: Tageskasse 10—2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Blumensäle.
Täglich abends ½8 Uhr
Künstler-Kabarett.
Sonntags 2 Vorstellungen. * ½4 Uhr u. ½8 Uhr

Nachtfalter
Hainstrasse 18
Allabendlich **7½ Uhr**
Kabarett.
U. a. **Gusti und Georg Edler.**

Schillerschlößchen
L.-Gohlis, Menckestraße. Straßenb. 6, 12, 13, 20.
Heute von 6 Uhr an
Grosser Damen-Ball.
Abwechselnd Damen- und Herren-Engagement.
Das ist Betrieb.

Reichsverweser
Leipzig-Kleinzschocher — Besitzer: Moritz Hickel
Morgen Dienstag ab 7 Uhr
Der große Volksball

Gosenschlösschen, Eutritzsch.
Heute Montag **Feiner Ball.** Abwechselnd Herr- u. Damenwahl. Tanzfrei

Sanssouci Ball
Heute 7 Uhr

Wochentags Einlaß 4½, Anfang 5, Ende 10½ Uhr

Wintergarten
Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96
Ab morgen Dienstag
Aus dem Schwarzbuche eines Polizeikommissars
Aufzeichnungen nach dem Leben von Hofrat **Josef Erler**
1. Teil: Die unsichtbare Hand. 2. Teil: Der Krüppel. 3. Teil: Loge Nr. 11. 4. und 5. Teil: Das Haus der Barmherzigkeit. — Alle Teile in einer Vorstellung.
Knoppchens Frackhose
Lustspiel in 2 Akten mit **Frederic Buch.**
Und ein **Lustspiel** mit **Leo Penkert.**

Lindenfels
Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18195/96
Ab morgen Dienstag
Hände hoch! 2. Teil
Detektivbild in 6 Akten mit
Sybill Morell, Joe Nestor.
Zwischen den Dreien
5 Akte mit
Mila de la Chapelle, Erich Kaiser-Titz.
Von Schreibtisch und Werkstatt.
Aufnahmen berühmter Personen.

Eröffnungs-Anzeige.

Einer hochgeschätzten Nachbarschaft und geehrtem Publikum zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir **Nordstraße 24** ein bürgerliches Verkehrslokal unter dem Namen

Gastwirtschaft Zum Krug

nach vollständiger Renovation eröffnet haben. Unser Bestreben wird sein, auf solider Basis das Beste zu liefern, was Küche und Keller der Saison entsprechend bieten kann.

Um Ihre gütige Unterstützung bittend, zeichnen mit größter Hochachtung

Oskar und Wilhelmine Wollesky.

lassen beim Friseur das Haar jedesmal mit
„Madaform-Haarpflege"
waschen. Das tut wohl!
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Direkt nur an Wiederverkäufer durch die Hersteller:
Heilbronner & Co., Heilbronn a. N.

Auto- Mot. Spndl.-**Oel** Ltr. v. **7.** ℳ an
Benzin à **7.50** per Liter
Industrie-Lack-Firnis Kilogramm **10.00**
Fußbodenöl in **8.00** all. b. mindest. 5 Ltr. od. Ko.
Kreide, Leim, Farben, Gips
Zement/Anetzer/Pinsel/Schablonen
Fußbodenfarben u. Lacke/Terpentin **Firnis**
kauft man vorteilh. b. **Feist,** Rödelstr. 12. Tel. 40993
Straßb. 1 u. 8. Farbenanfert. jd. Wunsch entsprech.!*

Saison-Ausverkauf
Nur kurze Zeit Berliner Str. 11
Habe einen Posten
Kinderstiefel, Burschen- u. Herrenstiefel
sehr preiswert zu verkaufen.
Bitte beachten Sie meine Fenster. *

Frau A. St. in N. empfiehlt als **bewährtes Mittel** gegen
Sommersprossen
Obermeyer's Medizinal-seife. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme bestens zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien u. Parfüm.
Herba-Seife

Es ist da!
Das sehr beliebte
Favorit-Moden-Album

in **großartiger Ausstattung** mit den schönsten **Herbst- u. Wintermodellen.** Preis Mk. 6.-, postfrei Mk. 6.60.
Alle Schnitte vorrätig.
Hauptvertretung:
Emil de Veer
Leipzig, Petersstraße 38
Posamenten- und :: Spitzen-Haus ::
Alle Schneiderei-Artikel.

Filialen:
Krock & Pohling, Reichsstr. 18/20
L. Naundorf, Arndtstraße 30a
B. Riedel, Dufourstraße 25
K. Schönherr, Südstraße 80
S. Lattausch, Südstraße 72
Connewitz
R. Bürckner, Meusdorf. St. 40
E. Alhes, Stöckartstraße 16
Lößnig
E. Buchholz, Bornaische St. 107
Eutritzsch
H. Krabbes, Delitzscher Str. 40
Gohlis
F. Biedermann, Gohliser St. 57
E. Schmidt, Lindenthal. St. 28
F. Burkhardt, Lothring. St. 38
Möckern
A. Pober, Aeußere Hallische Straße 199
E. Gemeinhardt, Aeuß. Hallische Straße 271
M. Schmidt, Aeußere Hallische Straße 166
Neustadt
Schusters Warenhaus, Eisenbahnstraße 39—43
Volkmarsdorf
Krock & Pohling, Eisenbahnstraße 74
F. Hochberg, Eisenbahnstr. 104
Sellerhausen
W. Brecht, Wurzner Str. 15b
Reudnitz
E. Bierich, Riebeckstraße 32
P. Gaebler Nachf., Gabelsbergerstraße 17
Anger-Crottendorf
A. Krumbholz, Zweinaundorfer Straße 21
Schönefeld
W. Blücher, Stettiner Str. 124
Thonberg
E. Weißflog, Reitzenhain. St. 27
Plagwitz
Krock & Pohling, Zschocherische Straße 35
Lindenau
Kaufhaus Gebr. Held, Ecke Merseburger und Demmeringstraße
Kleinzschocher
A. Lobsenzer, Hirzelstraße 1a
Großzschocher
E. Zschuschke, A.-Zickmantelstraße 1
Wahren b. Leipzig
Kaufhaus Wahren, Ecke Bahnhofstraße.

Tapeten, Rolle 1. ℳ an
Borte, Meter von 5 ₰ an
Richard Körner
Eliasstraße 54
Ecke Körnerstraße.
Kein Laden!

Hafer
Gerste
Kleie
eingetroffen.
Hühner-Kraftfutter Körnerf. 2.10 1.50
Mais 1.95
Preise bei 10 Pfd., im Ztr. bill.
Feist, Rödelstraße 12 * Straßenbahn 1 u. 8.

Prima Speise-Quark
täglich frisch
lief. frei Haus v. 2 Pfd. aufw. a. Privat u. Händl., Pfd 3.70, i. größ. Quant. bill. Karte genügt. **Leipzig-Lindenau, Demmeringstraße 9, pt.**

Reparaturen an Uhren jed. Art nur streng solide Ausführung u. unt. Garant. bei
Gustav Kaniss
Uhrmach., Taucher Str. 6.*

Leipziger Schauspielhaus.

Zschochersche Str. 17/19 Direktion: Fritz Riehweg. Fernruf 1066

Montag, den 15. August, abends 8 Uhr
Gastspiel Anton Franck.
Liebe und Trompetenblasen.
Lustspiel in 3 Akten von Hans Sturm und Hans Wachwitz.
Im Szene gesetzt von Hans Sturm.

Personen: Major Frosch von Froschensee, Kommandant, Rittmeister Maximilian Reichsgraf von Eppenstein, Arrestant, Leutnant Anselm Edler von Karlstadt, Arrestant, Valtian Rademacher, Korporal, Quark, Musketier, auf einer preußischen Festung (* * *. Hanns Steiner, Max Hofmann, Herbert Born, Karl Walden); Kabinettsrat (Alfred Wötzel); Maria Charlotte (Käthe Franck-Witt); Juliane (Lina Carstens); Brigitte (R. Niemann); Jeanette (Else Schmidt).
* * * Major Frosch von Froschensee . . . Anton Franck a. G.
Ort der Handlung: Turmkasematte einer kleinen preußischen Festung.
Zeit: 1780.
Größere Pause nach dem 2. Akt.
Einlaß 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Dienstag, den 16. August: **Liebe und Trompetenblasen.** Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, den 17. August: **Liebe und Trompetenblasen.** Anf. 8 Uhr.
Donnerstag, den 18. August: **Liebe und Trompetenblasen.** Anfang 8 Uhr.

Der fünfzehnte Spielabschnitt läuft vom 9. bis 31. August 1921. Bis zu diesem Tage muß die fünfzehnte Marke der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein.

Kleines Theater.

Telephon 12300 Direktion: Fritz Riehweg. Elsterstraße 41

Montag, den 15. August, abends 7½ Uhr
Wenn dich die bösen Buben locken . . .
Musikalischer Schwank in 3 Akten von Hans Sturm und Hans Wachwitz
Musik von Rudi Gfaller.
Spielleitung: Bernhard Wildenhain.
Musikalischer Leiter: Kapellmeister Fritz Schröder.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Allabendlich: **Wenn dich die bösen Buben locken . . . .**
Bestellte Karten müssen bis mittags 2 Uhr abgeholt sein, andernfalls wird darüber verfügt.
Die Mitglieder der Theatergemeinde Schauspielhaus erhalten gegen Vorzeigung ihrer Jahreskarte 50% Ermäßigung und zahlen dafür 3 Mark Mindestaufschlag.
Vorverkauf an der Tageskasse des Kleinen Theaters, Kasse des Schauspielhauses, bei F. R. Copplus, Petersstr. 15, Aug. Polich, Petersstr., und im Lotteriegeschäft von Friedrich Fricke & Co., Zeitzer Straße 14.

Drei Linden
Täglich abends ½8 Uhr
Gastspiel
Walter Steiner
mit neuen Schlagern.
Ausserdem der
Riesen-Varieté-Spielplan.
10 Welt-Attraktionen
Vorverkauf: Tageskasse 10—2 Uhr (Tel. 43543). Th. Althoff, Petersstr., Konsumv., Karl-Heine-Str.

Apollo-Theater
Bayersche Str. 8-10 (früh. Stadt Nürnberg, direkt a. Bayr. Bahnh.
Täglich abends ½8 Uhr:
der von der gesamten Presse als einzig dastehend beurteilte
Varieté-Spielplan
u. a.: Gastspiel Hofkapellmeister
Professor Richard Sahla
ausserdem:
10 erstklass. Varieté-Attraktionen.
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr. Tel. 11111. Warenhaus Th. Althoff, Petersstrasse.

SARRASANI
Letzte Woche
Täglich 7,15 Uhr. Mittwoch auch 3 Uhr.
Heute Heute Heute Heute **Martini-Scenys schwerster Tag** Heute Heute Heute Heute
Versuch, sich aus einem
Zwangs-Sack
zu befreien, wie solcher früher in Irrenanstalten in schweren Tobsuchtsfällen gebräuchlich war.
Vorverkauf: Kaufhaus Althoff und Zigarrenhaus Weisse, Lindenau, Markt 19a.

Olympia-Schau
Direktor A. Hacker
bekannt von dem 5wöchigen erfolgreichen Gastspiel in Leipzig auf dem Meßplatz und durch die phänomenalen, Staunen erregenden Leistungen von einer erstklassigen Künstlerschar namhafter Bühnen dem geehrten Publikum noch in bester Erinnerung stehend, **ist wieder mit neuen Attraktionen in Leipzig** auf dem
Lorckplatz in L.-Reudnitz
(Haltestelle der Linien 5 und 6, Ost- oder Viktoriastraße) eingetroffen.

Heute abend 7½ Uhr:
Große
Sensations-Vorstellung
mit 14 erstklassigen Welt-Attraktionen
unter Mitwirkung
des Leipziger Philharmonischen Orchesters.
Feenhaftes Brillant-Feuerwerk.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210815/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

	Barometerstand Millimeter	Lufttemperatur Celsius	Luftfeuchtigkeit Prozente	Windrichtung	Windstärke	Wetterzustand	Temperaturextreme am 14. August 1921
14. August nachm. 2 Uhr	46,0	15,9	75	SW	6	Vorwieg. trüb, Gewitter	Höchste Temperatur 17,9
14. August abends 9 Uhr	49,1	12,7	89	S	2	trüb, aufklärend	Tiefste Temperatur 10,9
15. August früh 7 Uhr	53,8	11,7	87	S	5	trüb, Niederschlag	Regenmenge in mm gemess. 15.8. früh 7 U.

Allgemeiner Wetterverlauf: kühl, trüb, teilweise starke Niederschläge.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. August.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig. Der Frauendiskussionsabend fällt heute aus.

L.-Ost. Dienstag, den 16. August, Besichtigung des Konsumvereins L.-Plagwitz und Umgegend. Die Genossinnen treffen sich ½2 Uhr in der Jahnstraße, L.-Plagwitz. Thiel.

Ortsverein Thonberg-Neureudnitz. Alle arbeitsfreudigen Mitglieder, die an den Vorbereitungen zur Wahl mithelfen wollen, treffen sich morgen Dienstag, den 16. August, abends 8 Uhr, im Gasthof Neureudnitz zu einer kurzen Aussprache.

Ortsverein Connewitz. Heute abend 8 Uhr findet in der Veteranenhalle unser Frauendiskussionsabend statt.

Parteifunktionäre von Taucha. Morgen Dienstag, den 16. August, wichtige Funktionärsitzung im Goldenen Löwen.

Alle Gruppenratssitzungen, die diese Woche angesetzt sind, fallen aus. Gewerkschaftskartell.

Ordner. Heute abend müssen alle zeitig zur Stelle sein. Meldung von 4 Uhr ab. Gewerkschaftskartell.

Das 24. Gewerkschaftsfest.

Ueber dem Gewerkschaftsfest schwebte ein böser Stern! Am Sonntag vormittag hatte es den Anschein, als ob der Himmel ein freundliches Gesicht aufstecken würde. Die Wolken verzogen sich, hin und wieder kam sogar die Sonne auf Augenblicke zum Vorschein. Aber um die Mittagsstunde zog ein Gewitter auf, das einen heftigen Regen im Gefolge hatte. Trotzdem ließen es sich Tausende von Gewerkschaftsgenossen, Arbeitersportlern, Jugendgenossen und Kindern von Gewerkschafts- und Parteigenossen nicht nehmen, sich auf dem Reichsgerichtsplatz zum Festzug zu sammeln.

Im buntbewegten Zug, mit zahlreichen Fahnen, Standarten und Schildern marschierten die Teilnehmer dem Festplatz zu. In dem Festzuge fielen besonders die vom Konsumverein Leipzig-Plagwitz gestellten Autos auf. Auf einem derselben waren viele Säcke aufgestapelt, die anzeigten, wie groß der stündliche Mehlverbrauch in den aufs modernste ausgestatteten Bäckereibetrieben des Konsumvereins ist. Diese Darstellung mögen sich besonders diejenigen Gewerkschafts- und Parteigenossen zu Herzen nehmen, die immer noch ihren Brotbedarf bei Leuten decken, die politisch und wirtschaftlich ihre Gegner sind. Wenn alle organisierten Angestellten und Arbeiter ihren Brotbedarf im Konsumverein decken würden, wie es eigentlich ihre proletarische Pflicht ist, dann würde der Mehlverbrauch des Konsumvereins um ein Vielfaches höher sein.

Als der Festzug am Westplatz angelangt war, wurde er von einem heftigen Platzregen überrascht. Das veranlaßte eine kleine Anzahl von Teilnehmern zu flüchten, die Mehrzahl jedoch harrte tapfer aus. Durchnäßt bis auf die Haut erreichten die Treugebliebenen den Sportplatz in Lindenau.

Nach Einmarsch des Zuges hielt Genosse Schilling hinter dem Eingang die Festansprache. Die Ungunst des Wetters, so führte er aus, lastet auf dem vierundzwanzigsten Feste der freien Gewerkschaften und zerstört einen großen Teil der Arbeit und Mühe, die sich Tausende von Gewerkschaftsgenossen gegeben haben, um den Festtag der Arbeit zu verschönen. Denn trotz der schweren Sorgen, die auf der Arbeiterschaft ruhen, lassen es sich die Leipziger Arbeiter nicht nehmen, durch die Ausgestaltung ihrer Feste zu beweisen, daß ihre Ziele in letzter Linie hohe kulturelle Ideale sind. Und mit großer Freude muß man feststellen, daß die einträchtige Zusammenarbeit in der Vorbereitung dieses Tages die Gewähr gibt, daß die Leipziger Arbeiterbewegung erfüllt ist von dem alten Gedanken der Solidarität und daß sie einmütig zusammenstehen wird im wirtschaftlichen und politischen Kampfe. Und diese frohe Zuversicht auf hellere Tage für das Proletariat gibt uns die Festesfreude, die auch die trübsten Wolken nicht verdunkeln können. Durch Einheit zum Sieg und durch den Sieg zu Kultur, das ist unsere Losung zum Gewerkschaftsfest.

Infolge des wieder einsetzenden Regens umstand den Redner nur eine geringe Anzahl zum Teil vollständig durchnäßter Zuhörer, aber um so lauter und kräftiger war ihre Zustimmung.

Der heftige Regen hatte auch auf dem Festplatze seine Wirkung getan. Ueberall standen Wasserpfützen, die Eingangswege glichen bald einem großen Schlammeer. Nachdem sich der Himmel nur einigermaßen wieder geklärt hatte, strömten dem Festplatze Tausende und aber Tausende zu. Bald entwickelte sich dort ein reges Leben. Die Sozialistische Proletarier-Jugend führte Tanzspiele auf. Eine Anzahl Genossinnen gaben sich mit den Kindern ab, die ebenfalls schöne Reihen- und Tanzspiele aufführten. Auf einer Tanzdiele wurde lustig das Tanzbein geschwungen. „Es geht fein," meinten einige Tanzkünstlerinnen zu ihren etwas zurückhaltenden Partnern, bis auch diese mehr Leben zeigten. Bekannte Leipziger Künstler führten derbhumoristische Hans-Sachs-Spiele auf. Sie fanden für ihre in jeder Beziehung prächtigen Leistungen den ungeteilten Beifall der Zuschauer. Auch das Kasperle-Theater fehlte nicht und erntete, wie immer, starken Beifall.

Eine besondere Ueberraschung bot der Kinder-Massenchor, der schöne, einfache Volkslieder mit Fanfarenbegleitung zum besten gab. Der Dirigent, Herr Barnet Licht, hatte sich viele Mühe gegeben, um den kleinen, noch ungeübten Sängerinnen und Sängern gesangliche Disziplin beizubringen. Der Erfolg dürfte alle Mühe lohnen und muß ein Ansporn sein, auf dem eingeschlagenen Wege weiter zu gehen. Den Arbeitergesangvereinen steht hier eine neue Aufgabe bevor, die zu lösen sie sich nicht scheuen werden. Nicht ganz so glücklich wie die kleinen Sänger waren die großen. Es schien, als ob das schlechte Wetter die Stimmbänder der Sänger beeinträchtigt hätte.

Natürlich haben bei alldem auch unsere Arbeitersportler nicht gefehlt. Es fanden eine Reihe sportlicher Wettkämpfe statt, von denen besonders ein 5000-Meter-Wettlauf hervorgehoben werden muß. Der Sieger legte die Strecke trotz des aufgeweichten Bodens in der sehr guten Zeit von 17 Minuten ¾ Sekunde zurück. Die Fußballer fanden wie immer und überall ein begeistertes und geduldiges Publikum. Man wünscht dabei immer wieder, daß die gleiche Aufmerksamkeit und Begeisterung sich auch ernsteren Dingen zuwenden möge. Gespielt wurde übrigens trotz des aufgeweichten Bodens recht gut.

Die Leitung des Gewerkschaftsfestes in Verbindung mit der Geschäftsleitung des Volkshauses hatten in vorsorglicher Weise für das leibliche Wohl der Festteilnehmer Sorge getragen. Aber das schlechte Wetter dürfte den Umsatz in Getränken recht ungünstig beeinflußt haben. Die Brauereien sind jedenfalls nicht auf ihre Rechnung gekommen. Spöttische Menschen meinten, man sehe es „unserm Karl" schon von weitem an, daß das Geschäft mies gehe. Die eine Bartspitze zeige zum Nordpol, die andere zum Südpol. Ob die Spötter recht hatten, wissen wir nicht. Bei der Würstchenbude, wo wir ihn sahen, war seine Stirn jedenfalls nicht im geringsten bewölkt. Das Würstchengeschäft ging freilich auch flott. Der Konsumverein hat mit seinem Erzeugnis viele Ehre eingelegt. „Ich werde in Zukunft meine Fleisch- und Wurstwaren auch im Konsum holen," versicherte manche Hausfrau.

Eine Enttäuschung brachte der Abend. „Der arme Konrad" konnte nicht mit den Kostümen zur Aufführung gebracht werden. Das schlechte Wetter hatte den Boden in einen Morast verwandelt, deshalb war es nicht möglich, die teuren Kostüme zu benutzen, sollte nicht unersetzlicher Schaden angerichtet werden. Doch auch ohne dies ließ die Aufführung die Größe der Idee erkennen. Eine eingehende Besprechung vom künstlerischen Standpunkt aus wird erfolgen, wenn di geplante Aufführung in vollem Kostümschmuck erfolgt sein wird. Wir verweisen wegen der weiteren Aufführungen auf die Mitteilungen des Gewerkschaftskartells.

Trotz allen Beeinträchtigungen durch das schlechte Wetter hat auch das 24. Gewerkschaftsfest dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl des Proletariats zu stärken. Und insofern hat es seinen Zweck erfüllt, trotz alledem.

*

Wie sich in den Köpfen mancher Leute das Wesen der Arbeiterbewegung malt, zeigt ein Schreiben der Besitzerin des Luppenbades in Lindeau.

Zum Gewerkschaftsfest sollten im Luppenbad Vorführungen des Arbeiter-Schwimmvereins Leipzig stattfinden. Auf Anfrage wegen Ueberlassung der Anstalt zu diesem Zwecke ging folgendes Schreiben ein:

Löbl. Gewerkschaftskartell Leipzig.

„Ihre werte Zuschrift erhalten und teile Ihnen höflichst mit, daß ich die Anstalt zu Ihrem Feste unter 8—900 Mk. nicht abgeben kann.

Ich habe drei Sonntage abgewartet wegen durchschnittlicher Einnahmen, da ist es mir unmöglich, mit Schaden zu arbeiten wie voriges Jahr.

Ferner muß ich eine Bedingung stellen, daß selbst auf dem Podest des Bades, I. Etage, nicht mehr wie 40—50 Personen Platz nehmen können, **da verschiedene Balken angebrochen** sind und daß im Frühjahr ausgebessert werden können. Auch möchte ich bitten, bei der ev. **Festrede die Angelegenheit nicht politisch zu behandeln, sondern bloß sportlich, nicht wie im Vorjahre, wo es hieß: „raus aus den bürgerlichen Vereinen und hinein im Arbeiter Schwimmverein."**

Wir haben in unserem Bade nur einen Verein und das sind ja auch bloß Herren, die ihr tägliches Brot verdienen müssen durch tägliche Arbeit — und niemals politische Angelegenheiten vorbringen dürfen.

Der beste Beweis dafür, daß ich täglich zirka 800 arme Kinder pro 5 Pfg. baden lasse, was keine Anstalt in Leipzig macht.

Hochachtungsvoll

Frau B. Neverkla.

Nun erst recht sollten Arbeiter, die sich im Schwimmverein West-Sachsen befinden, diesem Verein den Rücken kehren. Aber auch die badende Arbeiterschaft von Lindenau sollte über das Schreiben der Besitzerin nachdenken.

Auch einzelne Polizeibeamte können sich mit den neuen Verhältnissen nicht abfinden. So gebärdete sich in der Wächterstraße ein Beamter recht nervös. Es wäre gut wenn zum Straßendienst bei derartigen Veranstaltungen nur recht ruhige und besonnene Beamte verwendet würden. Dann ginge nämlich alles ganz glatt.

* * *

Der arme Konrad.

Die Aufführung des armen Konrad zum gestern stattgefundenen Gewerkschaftsfest fand ohne Kostüme, aber mit vollem Orchester und Beleuchtung statt. Als Erklärung diene folgendes: Die Kostümausgabe für die Mitwirkenden war um 6 Uhr angesetzt. Der starke, wiederholt einsetzende Regen ließ es zweifelhaft erscheinen, ob die Aufführung stattfinden könne. Zwar schienen um 6 Uhr Niederschläge für den Abend nicht mehr zu drohen, doch hatten sich so große Wasserlachen und Schlammstellen gebildet, die sich in der kurzen Zeit nicht beseitigen ließen, so daß selbst bei größter Sorgfalt ein Beschmutzen der teuren und prächtigen Kostüme eintreten mußte. Der finanzielle Schaden wäre beträchtlich gewesen und bei den geradezu minimalen Einnahmen im Verhältnis zu den Kosten des Festes konnte dieses Risiko nicht übernommen werden. Es wäre auch ein Mißbrauch des Vertrauens gewesen, das die Theaterdirektionen in uns gesetzt hatten, indem sie uns die wertvollen, zum Teil fast unersetzbaren Kostüme liehen, in der Erwartung, daß wir schonend und gewissenhaft damit umgehen. Waren die Schwierigkeiten schon in diesem Jahre groß, so hätten wir in Zukunft nie wieder von diesen Stellen eine Unterstützung gefunden, wenn wir eigenartige künstlerische Darbietungen an unsern Festen bieten wollen.

Bildungsausschuß und Kartell waren sich darüber vollständig einig und nach einer Rücksprache mit den Mitwirkenden hatten diese volles Verständnis für die Gründe. Gewiß war bei vielen die Enttäuschung groß, denn sich in den prächtigen Kostümen den Angehörigen und Bekannten zu zeigen, ist nicht bloß den jungen Mädchen eine Freude. Aber dazu ist noch an vier Abenden Gelegenheit und der gegenüber andern Veranstaltungen geradezu billige Eintrittspreis von 3 Mk. wird gern von jedem gegeben werden, der sich die gewaltige Darstellung ansehen will. **Zumal heute abend jede Gewerkschaftsfestkarte mit einer Mark in Zahlung genommen und für die gestern nach vier Uhr gelösten Tribünenkarten eine Freikarte von 3 Mk. gegeben wird.**

Gewerkschaftskartell Leipzig.

Todessturz eines Leipziger Ehepaars.

Ein Leipziger Ehepaar, das am Freitag mit einem Flugzeug des Rumplerflugzeugverkehrs Berlin—Leipzig—München von Leipzig nach München fuhr, ist in der Nähe von Erding aus 50 Meter Höhe abgestürzt. Der Flugzeugführer und die beiden Passagiere, Herr und Frau Rohn aus Connewitz, waren sofort tot.

Eine Demonstration für Oberschlesien veranstalteten die heimatstreuen Oberschlesier am Sonntag am Mendebrunnen. Nach den Ausführungen Dr. Kleiners-Breslau wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß Oberschlesien ganz und ungeteilt an Deutschland zurückgegeben wird. Herr Dr. Kleiner protestierte lebhaft gegen das Vorgehen Frankreichs, dem er die Schuld an dem jetzigen Leiden der Oberschlesier gab. Er hätte nicht vergessen sollen, die deutschen Kriegshetzer zu erwähnen, die das deutsche Volk in dieses Elend gestürzt haben. Die Nachläufer und Bewunderer dieser Kriegsverbrecher waren es allerdings, die seine Zuhörerschaft bildeten. Daß es von der konzertierenden Reichswehrkapelle besonders taktvoll war, vor Beginn der Rede Dr. Kleiners „Fest steht und treu die Wacht am Rhein" zu spielen, möchten wir

Der arme Konrad. **Vorstellung heute abend mit Kostümen.**
Gewerkschaftsfestkarten werden mit 1 Mk. in Zahlung genommen.

Hundert Prozent.

30] Von Upton Sinclair.

(Die Buchausgabe erschien im Malik-Verlag Berlin.)

Peter las die Nachricht und wußte, ihm stehe eine stürmische Unterredung mit seinem Vorgesetzten bevor. Doch kümmerte ihn dies wenig; — etwas weit Bedeutsameres hatte sich vor einigen Minuten zugetragen. Ein Bote hatte ihm einen Brief gebracht, den er pochenden Herzens las:

„Gut, treffen Sie mich heute um zwei Uhr im Wartezimmer des Guggenheimer Warenhauses. Aber vergessen Sie um Gotteswillen, daß Nell Doolin je gelebt hat. Ihre Edythe Eustace."

Peter zog seine besten Kleider an, die gleichen, die er während des Zusammenseins mit der Strohwitwe getragen hatte und erschien eine Stunde zu früh beim Stelldichein. Endlich kam auch Nell; sie war so gekleidet, daß ein einziger Blick genügte, um erkennen zu lassen, die Trägerin dieser Gewänder bewege sich in der besten Gesellschaft und scheue keine Ausgaben. Nell blickte sich, während sie redete, unentwegt um, erklärte, Ted Grothers, der Mann mit dem Bulldoggesicht sei furchtbar, man könne ihm nie entkommen, weil er den ganzen Tag nichts zu tun habe.

Peter hätte lieber nicht das Wartezimmer des großen Warenhauses als Ort gewählt, um sein Herz auszuschütten, doch ging es nicht anders. Er sagte Nell, daß er sie liebe, daß er niemals eine andre Frau werde lieben können, daß er viel Geld verdient habe und hoch oben auf der Leiter des Erfolges stehe. Nell lachte ihn nicht aus, wie sie ihn im Tempel des Jimjambo ausgelacht hatte; Peter war nicht mehr ein armseliger Küchenjunge, sondern ein vornehmer Mann, den ein aufreizendes Geheimnis umgab. Nell wollte wissen, was seine Beschäftigung sei, Peter jedoch erwiderte, er dürfe ihr nichts verraten, es handle sich hier um ein ungeheuer wichtiges Geheimnis, er habe einen Eid leisten müssen zu schweigen. Dies waren die Tage der deutschen Spione und Bombenverschwörungen, da Kaiser, Könige und Zaren Amerika mit Schätzen überfluteten, die Tage der Regierungskontrakte und geheimen Handelsabkommen, da in Hotelhallen stündlich Vermögen begründet und verloren wurden. Daher fiel es Nell leicht, an ein wirkliches Geheimnis zu glauben, und da sie eine Frau war, versuchte sie sofort, es zu erraten.

Sie bat Peter keineswegs, es ihr zu erzählen, ließ ihn bloß reden, lenkte auf taktvolle Art das Gespräch und erfuhr gar bald, Peter stehe mit vielen der gefährlichsten Roten auf vertrautem Fuß, wisse alle Einzelheiten des Goober-Prozesses, sogar die Namen der großen Geschäftsleute, die eine Million gespendet hatten, um Goober an den Galgen zu bringen. Nell zählte zwei und zwei zusammen, gelangte zu dem Ergebnis vier und teilte dies unvermittelt Peter mit. Peter verstummte vor Bestürzung, bekannte dann völlig verwirrt Nell die ganze Wahrheit, berichtete von seinen Leistungen und Abenteuern und Plänen — bloß die Episoden mit der kleinen Jennie und der Strohwitwe verschwieg er.

Er erzählte von den Summen, die er bereits verdient hatte und noch zu verdienen hoffte, sprach von Lackman, zeigte Nell die Zeitung mit dem Bild des jungen Millionärs und dessen Schule. „Ein hübscher Mensch," meinte Nell. „Es ist wirklich eine Schande."

„Wie meinen Sie das?" fragte Peter etwas verblüfft. War es möglich, daß Nell für die Roten Sympathie empfand?

„Ich meine," entgegnete sie, „daß er allein Ihnen mehr eingebracht hätte, als alles andre zusammen."

Nell war eine Frau, ihr Geist befaßte sich mit der praktischen Seite der Dinge. „Hören Sie, Peter," sprach sie, „Sie haben sich von den Agenten ausnützen lassen, diese erhalten die großen Summen, für Sie fällt bloß ein Trinkgeld ab. Sie brauchen jemanden, der sich um Sie kümmert."

Peters Herz jauchzte auf. „Wollen Sie es tun?" rief er.

„Ted hindert mich an allem, er würde mir und auch Ihnen die Kehle durchschneiden, wüßte er, daß ich hier bin. Aber ich will versuchen, mich frei zu machen. Dann werde ich mir Ihr Problem überlegen. Ich verspreche nichts, jedenfalls aber will ich Ihnen helfen, damit Mc. Givney und Guffey und die andern Sie nicht mehr länger betrügen können."

Sie brauche Zeit, um nachzudenken, erklärte sie, müsse sich über etliche der Agenten erkundigen — anscheinend kannte sie einige derselben. Am folgenden Tag wolle sie mit Peter im Stadtpark zusammenkommen. Peter versprach, am Nachmittag zur Stelle zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater. (Petz-Kainer-Ballett.) Die Petz-Kainer-Truppe stellt eine rückläufige Entwicklung in der Entwicklung des Kunsttanzes dar. Sie bricht mit den Fortschritten, die uns die Entfesselung des Fußes aus dem beengenden Schuh, der Glieder aus dem verhüllenden Trikot gebracht haben. Sie stellt sich bewußt wieder auf die alte Ballettkunst ein, deren Wirkungen sie durch besondere Mittel zu erhöhen trachtet. Nun ist nicht zu bestreiten, daß auch auf diesem Gebiete Künstlerisches und Erfreuliches geleistet werden kann und sicherlich setzt die strenge Schule des Balletts die Voraussetzung der technischen Durchbildung zwingender als die freie Schule des Barfußtanzes. Aber wer einmal erkannt hat, daß das wahre Schönheitsideal nur in der Natur gesucht werden darf, daß deshalb auch nur der unverbildete, frei sich bewegende menschliche Körper wahrhaft schöne Tanzbilder geben kann, der wird sich bei aller Anerkennung der hochgesteigerten Technik und Kunst der Ellen Petz, Sascha Leontjew usw. doch nicht der Erkenntnis verschließen können, daß der Zehenspitzentanz Unnatur ist und bleibt, so vollendet er auch exekutiert werden mag, und daß die Ausdrucksmittel dieses Balletts, so schön die einzelne Form auch sich rundet, doch eng be-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210815/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

doch bezweifeln. Wozu braucht denn Deutschland überhaupt noch Militärkapellen? Deutschland ist zu arm, um sich solchen militärischen Klimbim leisten zu können. Ohne ihn kann aber das Bürgertum nicht einmal demonstrieren, wenn es sich um eine Lebensfrage der Nation handelt. Unausbleiblich geraten ihm nationale Kundgebungen zu nationalistischem Klimbim.

Milchpreiserhöhung. Wie aus dem Inserat in der heutigen Nummer hervorgeht, erhöhen der Verein der nach Leipzig liefernden Milchhändler und die Zentralstelle der Milchhändler Leipzigs vom 16. August ab den Preis für den Liter Milch ab Laden auf 3.60 Mark, frei Haus auf 3.70 Mark. — Wie wir in unserm Artikel „Auch die Milch wird teurer" am Sonnabend mitteilten, hat der Milchwirtschaftliche Landesverband trotz der Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums beschlossen, vom 16. August ab die Kleinhandelspreise auf 3.50 Mark zu erhöhen. Die Leipziger Milchhändler sind in der Sahnepflege der Bevölkerung ihren sächsischen Kollegen noch um eine Nasenlänge voraus und erheben ohne ein Wort der Begründung noch 10 Pfennig pro Liter mehr! Wenn die Arbeiterschaft durch höhere Lohnforderungen sich vor der Verschlechterung ihrer Lebenshaltung zu schützen sucht, schreit dann wieder das ganze Bürgertum einmütig über die Begehrlichkeit der Arbeiter.

Verlegung des Großhandelsmarktes. Vom Dienstag, dem 16. August 1921 an wird auf die Dauer von etwa sechs Wochen der Großhandelsmarkt für Gemüse und Kartoffeln Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 6 bis ½10 Uhr vormittags in die Kramer- und Härtelstraße sowie auf die östliche Fahrstraße des Königsplatzes an der Textilmeßhalle verlegt. Die Anfahrt nach der Kramer- und der Härtelstraße hat durch die Beethovenstraße zu erfolgen. Die Kramer- und die Härtelstraße bleiben an diesen Markttagen von 2 bis 10 Uhr vormittags für allen durchgehenden Fahrverkehr gesperrt. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk., an deren Stelle gegebenenfalls 14 Tage Haft treten, bestraft.

ha. **Neue amtliche Umrechnung.** Für die Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung des Wechselstempels gelten vom Montag, dem 15. August an neue Mittelwerte. 1 Pfund Sterling gilt 250 Mk., 1 französischer und belgischer Frank 5 Mk., 1 schweizerischer Frank 11 Mk., 1 Lira 3 Mk., 1 Peseta 8.50 Mk., 1 Leu 90 Pfg., 1 finnische Mark 1.20 Mk., 1 polnische 7 Pfg., 1 deutsch-österreichische Krone 12 Pfg., 1 tschechische 80 Pfg., 1 ungarische 25 Pfg., 1 dänische 11.50 Mk., 1 norwegische Krone 10 Mk., 1 schwedische 15 Mk., 1 holländischer Gulden 22 Mk., 1 türkischer Piaster 30 Pfg., 1 Peso 43 Mk., 1 Dollar 65 Mk., 1 mexikanischer Golddollar 32 Mk.

Feuerwehrbericht. In den letzten Tagen wurde die Feuerwehr siebenmal alarmiert, in allen Fällen wurde Gefahr bald beseitigt. Zu Hilfeleistungen verschiedener Art rückte die Wehr fünfmal aus. Unter anderem war im Elektrizitätswerk-Süd ein Dachdecker von einem hohen auf ein tiefer unten angebautes Dach gestürzt, so daß der Unglückliche von der Feuerwehr unter schwierigen Verhältnissen geborgen werden mußte.

Die Zeitmission sucht das Mitglied der Freikirche „Evangelische Gemeinschaft", Herr Curt Manicke, Buchdrucker in Leipzig, Hohe Straße, in einer längeren Zuschrift an uns gegen die Vorwürfe der Freidenker zu schützen. Er protestiert dagegen, daß die Zeitmission im Dienste der kapitalistischen Reaktion stehe, es sei im Gegenteil „herzerfrischend, wie die Prediger die große Schuld der Mammonsknechte und ein falsches Kirchentum an den Pranger stellen". Wir können leider das herzerfrischende Schreiben nicht im vollen Wortlaut abdrucken, da der Platz denn doch zu kostbar ist, wollen nur noch feststellen, daß Herr Manicke und seine Freunde die vorgekommenen Anrempelungen verurteilen und natürlich der Propaganda der Freidenker die Schuld daran geben. — Das ganze Schreiben des Herrn Manicke ist ein Beweis für die Existenzberechtigung der Freidenkerorganisation, leider auch noch für große Teile des städtischen Proletariats, die, statt sich ihrer Klassenlage bewußt zu werden, noch nach dem Opiumtrank der Religion greifen.

Die proletarischen Freidenker veranstalten morgen Dienstag, abends ½8 Uhr, auf dem Meßplatze eine Massenversammlung, in der Genosse Ihme über: Brot oder Vater unser! spricht. Allen Kopf- und Handarbeitern, besonders aber den Frauen, sei der Besuch dieser Versammlung empfohlen. (Siehe heutiges Inserat.

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 16. August.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Hammelfleisch (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegerfürsorge ausgestellte Bezugskarten und zwar Buchstaben Bi—O täglich von 9—3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts, 1. Tür. Pfd. 5.80 Mk. Es erhalten bis zu drei Köpfe 2 Pfd., vier und mehr Köpfe 3 Pfd. Fleisch. Papier mitbringen!

Polizeinachrichten.

Ein Schwindel-Sportkonzern in Leipzig zusammengebrochen! Auch in Leipzig ist nun ein Sportkonzern zusammengebrochen und zwar der „Sächsische Sportkonzern G. m. b. H.", dessen letzter alleiniger Inhaber, ein Herr Dr. jur. Erich Funke, 23 Jahre alt, war, der sich jetzt in Haft befindet. In kaum vier Wochen hat Funke etwa 142 000 Mk., als Wettsätze zu verwenden, eingenommen, diese Summe jedoch bis auf 20 000 Mk. ausgegeben und mit seinem Buchhalter, den er in seinen Verkehrskreisen, der Leipziger Lebewelt, als seinen Privatsekretär vorstellte, durchgebracht. Dieser, Otto Johannes Winkler, geboren am 13. März 1901 in Leipzig-Kleinzschocher, hat jetzt Leipzigs Staub von den Füßen geschüttelt und ist flüchtig, wird aber von der Polizei verfolgt. Wie bei allen diesen Unternehmungen bestanden nicht nur am Orte mehrere Annahmestellen des Konzerns — die Leipziger Hauptannahmestelle befand sich am Königsplatz —, sondern in fast allen größeren Städten Deutschlands waren Vertreter tätig, die dem Publikum unter der Zusage von zunächst 100 Prozent, später 50 Proz. Gewinnanteil, das Geld aus den Taschen lockten. Winkler reist vermutlich nun von Ort zu Ort und wird von den Untervertretern deren Einnahmen zu erlangen suchen. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß die gesamte Buchführung des Konzerns eine äußerst mangelhafte war und seit etwa 14 Tagen überhaupt nichts eingetragen ist. Der Konkurs wird jedoch nicht angemeldet werden, weil der bekannte Berliner Sportkonzerninhaber Karl Köhn sich gegen Verpfändung des Privatbesitzes des Dr. Funke verpflichtet hat, sämtliche bis 10. August entstandenen Verpflichtungen zu übernehmen. Die Einzahler werden also darum vermutlich mit einem blauen Auge davonkommen.

In Verwahrung der Kriminalpolizei befinden sich u. a. die folgenden Gegenstände: 1 Eßlöffel und 1 Dessertgabel mit versilberten Griffen, 3 Buttermesser, 1 vernickeltes Eierservice, bestehend aus 4 Bechern 1 Salzfäßchen, sowie 1 dreiteiliges Sahnen- und Zuckerservice. Diese Gegenstände sind von einer Gewohnheitsdiebin im August vor. Jahres in einem hiesigen großen Warenhause gestohlen worden, woselbst sie nach Angabe der Diebin verpackt auf einem Stuhle gelegen hatten, also mutmaßlich von einer Käuferin hingelegt worden waren. — Ein blau und weißgestreiftes Federkopfkissen (ohne Ueberzug), das Anfang Juli im Abort einer Gastwirtschaft in der Eisenbahnstraße in L.-Volkmarsdorf aufgefunden worden ist. — Sechs silberne Kaffeelöffel im Werte von 300 Mk., auf der Vorderseite des Stiels mit „G" und auf der Rückseite „G. B. 17. 7. 03" gezeichnet. Die Eigentümer wollen sich baldigst melden. Die Gegenstände können während der Dienststunden besichtigt werden.

Originalzeugnisse soll man Stellegesuchen nicht beifügen, am allerwenigsten solchen an völlig unbekannte Personen oder gar Offerten, die bei Zeitungsexpeditionen auf Inserate unter einer Chiffre niederzulegen sind. Die häufigen Warnungen in den Tageszeitungen werden zu wenig beachtet. Der Kriminalpolizei liegen Beweise vor, daß sich ein unbekannter Gauner auf die geschilderte Weise in den Besitz mehrerer Zeugnisse eines Kraftwagenführers auf den Namen Wenzke gesetzt hat. Man versende höchstens Abschriften der Zeugnisse, aber niemals diese selbst.

Warnung vor einem Bettler! Ein Bettler im Alter von etwa 20—25 Jahren hat sich in den letzten Tagen in Gohlis in mehreren Villengrundstücken Zutritt verschafft, um dort zu betteln. Nachdem er das Grundstück wieder verlassen hatte, machte man die Entdeckung, daß das Ansprechen um Almosen jedenfalls nur das Mittel zum Zweck — des Diebstahls — gewesen war. Der Bursche ist zweifellos auf der Treppe wieder umgekehrt, um in die höher gelegenen Räume einzudringen und zu stehlen. In einem Falle hat er gestohlen aus einer Mädchenkammer einem Stubenmädchen eine goldene Damenuhr und ein Paar Halbschuhe, und in einem andern Falle einen Damenpaletot, Pfeffer- und Salz-Muster, Raglanschnitt, ohne Futter, mit einem Damengeldtäschchen mit 100 Mk., zwei Bund Schlüssel und ein Ch. P. gezeichnetes Taschentuch aus einem Vorsaale. Bei seinem Wiederauftreten lasse man ihn festnehmen.

Sportkartell.

Sächsische Spielvereinigung. 4. Kreis. 1. Bezirk. (Mitglied des Arbeiterturn- und Sportbundes.) Resultate vom Sonntag, 14. August. Schönau I—Stötteritz I 0:8. Fußballring-Plagwitz I—West 03 II 2:1. Fußballring-Plagwitz III—Schleußig III 0:2. Fußballring-Plagwitz II—Burghausen II 5:0. Fußballring-Plagwitz 1. Jgd.—Knautkleeberg 1. Jgd. 1:1. Fußballring-Plagwitz 2. Jgd.—Kleinzschocher 2. Jgd. 0:6. Fußballring-Plagwitz 3. Jgd. Kleinzschocher 4. Jgd. 0:1. Fußballring-Plagwitz Alte Herren—Lindenau Alte Herren 2:3. Hertha I—Wurzen I 4:3. Hertha 1. Jgd.—Stötteritz 1. Jgd. 0:7. Möckern I—Favorit I 8:1. Möckern II—Fußballring-Leipzig II 8:1. Sachsen-Gaulsch—Arminia-Süd 1:1. Arminia-Süd III—Großzschocher III 0:2. Möckern I—Spielvereinigung-Taucha 1:0 abgebrochen. Möckern II—Wahren II 8:2. Wahren I—Zwenkau I 0:1. Eutritzsch I—Großzschocher I 4:3. Eutritzsch II—Lindenthal I 7:1. Stötteritz III—Sachsen 07 III 0:4. Stötteritz 2. Jgd.—Paunsdorf 1. Jgd. 0:4. Sachsen 07 I—Sportklub-Ost I 3:0. Viktoria-Anger 121—Knautkleeberg I 3:0. Schönefeld I—Urania I 1:0.

Fußballabteilung Stötteritz. Mittwoch, den 17. August, ½8 Uhr, im Oberhof, Fortsetzung der Mitgliederversammlung. Dienstag, den 16. August, 8 Uhr, Spielausschuß. 9 Uhr, Vorstandssitzung. Pünktliches Erscheinen wird erwartet. Sonnabend, den 20. August, ½8 Uhr, im Oberhof, Gemütliches Beisammensein mit den Ilmenauer und Braunschweiger Sportgenossen.

Fußballabteilung Böhlitz-Ehrenberg. Sonnabend, den 20. August, Nachtausflug mit voller Musik nach Frankenheim. 7 Uhr Abmarsch vom Ritterschlößchen.

Sportfreunde-Möltau. Neues Umkleidelokal: Möltau, Ostweinschänke, Tel. 60938.

Hertha. Mittwoch, den 17. August, 8 Uhr, Mannschaftssitzung der II. und III. Mannschaft.

Fußballring-Plagwitz. Mittwoch, 17. August, 9 Uhr, in der Börse Schiedsrichtersitzung. ½9 Uhr Alte Herren-Mannschaftssitzung im Restaurant Kameruh. Donnerstag, 18. August, 9 Uhr, Vorstandssitzung in der Börse. Freitag, 19. August, Monatsversammlung in der Börse.

Jugendausschuß.

Freitag, den 19. August, nachmittags 6 Uhr, spielen auf dem Sportpark Vorwärts-Süd die Jugend-Städtemannschaft gegen eine zweite Jugend-Städtemannschaft. Beide Mannschaften sind neu aufgestellt. Jedem Sportgenossen wird empfohlen, dem Spiel beizuwohnen. Gespielt wird in folgender Aufstellung: Lippold (Arminia-Süd), Rausch (Großzschocher), Lütsch (Markranstädt), Schreyer, Kirsten (Schönefeld), Rausch (Knautkleeberg), Hofmann (Britannia-Möckern), Schneiderheinze (Fußballring-Plagwitz), Brauer, Hoy, Hartung (Stötteritz).

Die zweite Elf.

Winkler (Großzschocher), Könze (Jahn-Leutzsch), Lehnert (Britannia-Möckern), Thurm (Connewitz), Krause (Fußballring-Plagwitz), Thieme (West 03), Völke (Sportlust 09), Kramer (Paunsdorf), Otto (Sportlust 09), Albert (Knautkleeberg), Sander (Paunsdorf).

Jeder Spieler hat schwarze Hosen mitzubringen. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Nach dem Spiel Sitzung des Jugendausschusses.

Der Bezirksspielausschuß für Fußball.

Sächsische Angelegenheiten.

Landgraf, werde hart!

Unter dieser Spitzmarke läßt sich die Leipziger Freie Presse schreiben:

„In Nr 213 der Leipziger Neuesten Nachrichten wird behauptet, dem Justizminister Dr. Zeigner sei aus Kreisen der sozialistischen Parteien nahegelegt worden, die Leiter der Personal- und Gnadenabteilung des Justizministeriums kaltzustellen. Dazu wird bemerkt: „Wir glauben nicht, daß Dr. Zeigner dieser Versuchung erliegen wird." Das heißt denn doch die Sachlage und die Staatsnotwendigkeiten völlig verkennen. In weiten Kreisen nicht nur der sozialistischen, sondern auch andrer Parteien hofft man mit Fug und Recht, daß der neue Justizminister mit kräftiger Hand endlich den im Justizministerium seit langem dringend und unabweisbar gewordenen Beamtenwechsel vornehmen werde. Der reaktionäre, kleinliche Geist in unsrer Rechtspflege wurzelt in der höheren Beamtenschaft des Justizministeriums und wird durch diese in jeder nur möglichen Weise dauernd und unentwegt gefördert. Lessing, Nitsche, Haupt und andre Geheimräte im Justizministerium sind geschworene Feinde von Demokratie und Sozialismus und arbeiterfeindlich. Die Rolle, die Lessing im Olbernhauer Aufruhrprozeß gespielt hat, ist genügend bekannt. Die andern sind von gleichem deutschnationalen rückständigen Geist erfüllt. Der neue Justizminister wird es als seine ernste, im Staatswohl liegende Aufgabe ansehen müssen, in der Leitung der Justizverwaltung endlich sachkundige Männer zur Hand zu haben, die tatsächlich gewillt und befähigt sind, die Geschäfte im Geiste der demokratischen Staatsverfassung zu führen. Es ist ein Widersinn, zum Auf- und Ausbau wahrer demokratischer Staatsverfassung und Staatsverwaltung solche Männer noch weiter verwenden zu wollen, die in ihrem Innern der demokratischen Staatsverfassung durchaus feindlich gegenüberstehen und letzten Endes nur beflissen sind, mit ihren Vorschlägen und Maßnahmen die Demokratie zu diskreditieren und zu sabotieren. Darum, Herr Justizminister Dr. Zeigner: Landgraf, werde hart!"

Diesem Wunsche können wir uns nur anschließen. Gerade in der Justizverwaltung, an der die Revolution anscheinend spurlos vorübergegangen ist, finden die gegenrevolutionären, das Gemeinwohl schädigenden Tendenzen ihre stärksten Stützen. Hier dem neuen Geist Bahn zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben für den neuen Justizminister, was durch das Gekläffe der reaktionären Preßmeute nur bestätigt wird. Soll Dr. Zeigner diese Aufgabe erfüllen, ist es aber vor allem notwendig, daß die rechtssozialistische Fraktion ihn auf diese Notwendigkeit hinweist und bei der Durchführung energisch unterstützt. Unter dem früheren Justizminister Dr. Harnisch ist das leider nicht geschehen.

Die „geistigen Waffen" der Kommunisten.

In Plauen hielt die kommunistische Partei eine Versammlung ab, in der der Landtagsabgeordnete Bruno Granz-Limbach über Brotwucher redete und die Führer der sozialistischen Partei als Lumpen, Verräter, Strolche und Hampelmänner bezeichnete. Der Redakteur der rechtssozialistischen Volksstimme, Fritsch, der seinen Ausführungen entgegentrat, wurde durch wüste Zwischenrufe beschimpft und schließlich mißhandelt. Als Fritsch den Saal verlassen wollte, wurde er von einer Anzahl kommunistischer Versammlungsbesucher geradezu überfallen, mit Fäusten und Schlägen traktiert, von verschiedenen Frauen, die sich wie Hyänen gebärdeten, angespien und mit Füßen getreten. Sein Hut wurde demoliert und er selbst an der Stirn blutig geschlagen, so daß er sich in der Küche des Gewerkschaftshauses erst vom Blut reinigen mußte

Wiederaufnahme der Elbschiffahrt.

Die ausgebreiteten Niederschläge im Gesamtlaufe der Elbe haben erfreulicherweise binnen kurzem eine fühlbare Zunahme des Elbwasserstandes in einem Umfang herbeigeführt, daß die Elbschiffahrt in der Lage ist, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Die zahlreiche, an verschiedenen Unterwegsorten aufgehaltene Ladung und Schleppschiffahrt wird daher die unterbrochenen Fahrten unverzüglich fortsetzen und so die aufgehaltenen Güter ihren Bestimmungsorten zuführen. Ebenso werden auch die Verladungen an den Umschlagplätzen wieder aufgenommen.

Billiges Brot in Meißen!

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, hat der Gemeindeverband Meißen Stadt und Land den Preis für das 1900-Grammbrot auf nur 6 Mk. festgesetzt. Im benachbarten Dresden kostet das Brot 6.55 Mk., anderswo ist es noch teurer.

Dresden. Die amtlichen Erörterungen über den Brand der Aufbereitungsanlage beim Oppelschacht des staatlichen Steinkohlenwerkes in Zaukerode am 6. d. M. sind abgeschlossen und haben ergeben, daß das Feuer in einem zu ebener Erde gelegenen Maschinenraume ausgebrochen ist, in dem bis nach 7 Uhr abends Werkschlosser beschäftigt waren. Sie hatten den Raum beim Verlassen ordnungsmäßig abgeschlossen und keinen Brandgeruch bemerkt. Auch der aufsichtführende Obersteiger konnte bei seinem Rundgang um ¾9 Uhr noch nichts Verdächtiges wahrnehmen. Um ½10 Uhr aber beobachteten Kesselheizer, daß es in dem Maschinenraum brannte. Bei der außerordentlichen Trockenheit verbreitete sich das Feuer mit großer Schnelligkeit über die ganze Aufbereitungsanlage, die um Mitternacht völlig niedergebrannt war. Die Ursache des Brandes konnte bis jetzt noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Die hierüber verbreiteten Gerüchte entbehren der Begründung.

Riesa. Die Reichseisenbahnverwaltung hat die Vornahme umfangreicher Eisenbahnbauten an den hiesigen Bahnhofsanlagen vorgesehen. Neben Erweiterung der Gleisanlagen auf dem Hauptbahnhof wird die Errichtung einer neuen Lokomotivbetriebswerkstatt in Angriff genommen. Zwischen den

---

grenzt sind, so daß schließlich trotz der fein abgestimmten, stetig wechselnden Beleuchtungseffekte und Dekorationsrahmen, trotz trotz der Pracht und Schönheit der Kostüme am Ende des Abends der Eindruck einer gewissen Monotonie entsteht. Im wesentlichen sind es doch immer wieder dieselben Bewegungen und Posen, die in anderen Kostümen und anderer Szenerie vorgeführt werden. Dabei ist freilich nicht zu verkennen, daß der Maler Kainer einen äußeren Rahmen zu schaffen gewußt hat, der den Inhalt fast verdunkelt. E. ist eine Vermählung von Pracht und Geschmack und ein so feinsinniges Einfühlen in den Charakter der dargestellten Tänze, daß darin die eigentliche charakteristische Note des Balletts zu sehen ist. Den größten Eindruck machte der Tanz „Das Phantom", und gerade er kam den Vorbildern, die die Barfußtänzerinnen geschaffen haben, am nächsten.

Ich glaube nicht daran, daß die Ballettkunst wieder zu beleben ist, selbst nicht wenn es mit soviel Können und Geschmack, wie beim Petz-Kainer-Ballett versucht ist. Sie ist die Kunst einer abgestorbenen Zeit. Die Aufgabe unserer Zeit ist die Ausbildung des neuen Tanzstils. Der Umstand, daß bei dieser Umwälzung vielfach die Technik zu kurz gekommen ist und sich allerlei Dilettantismus auf dem Podium breit macht, ist kein Argument dagegen. Die Tanzkunst der Zukunft kann nur aus der Vermählung von Technik und Natur entstehen. H. B.

Neues Theater. (Der Schlachtenlenker.) Dieser Einakter, der am Sonnabend den Tänzen der Petz-Kainer-Truppe vorausging, ist ein wahres Feuerwerk Shawscher Paradoxe und Sarkasmen. Es beliebt dem witzigen Iren, uns an einer etwas verwickelten Affäre zwischen dem jungen Napoleon und einer gewandten Spionin seine Ansichten über die wahre Natur des sogenannten Heldentums, über die Engländer, über die Beziehungen der Geschlechter usw. zu sagen. Das geschieht in der bekannten eleganten und amüsanten Weise dieses Allesverspotters, die den Hörer immer wieder packt und fesselt. Bis aufs feinste ist dieser spitzige Dialog zwischen Weib und Mann herausgemeißelt. Die Aufführung befriedigte alle Wünsche. Herr Aberer war in Spiel und Maske ein sehr glaubhafter Shawscher General Bonaparte. Diese Mischung von Ueberlegenheit und plebejischen Resten, dieses schnelle Wechseln zwischen Temperament und Beherrschung war ein höchst interessantes Schauspiel. Marlina Otto war dem General eine ebenbürtige Partnerin in der Intrige. Ihre kühle Art kam diesmal auch ihren Gefühlsausbrüchen zugute, da sie eben nur Spiel sein sollen. Schlageter gab seinen treuherzigen und echt-unverschämten adligen Leutnant und Dummkopf und Herr Huth war köstlich als Angsthase und schwatzhafter und kuppellüsterner Gastwirt. Dr. Ad. Winds hat das geistreiche Stück sehr fein inszeniert.

(Die schöne Galathee.) Am Freitag ging dem Petz-Kainer-Ballett die neu einstudierte Suppésche Operette voraus. Die Wiedergabe der flotten Musik des Wiener Operettenmeisters aus einer Zeit, da die leichtgeschürzte Muse noch nicht rettungslos vertrottelt war, durch das Orchester unter Findeisens Leitung war ein Genuß. Von der Darstellung kann man das leider nicht so uneingeschränkt sagen. Fräulein Retty freilich war ein praller und wirbliger Ganymed, daß einem das Herz lachen konnte. Auch Herr Ander (Midas) war eine komische Figur, die sich — man muß das heutzutage immer mit besonderer Anerkennung hervorheben — von naheliegender allzu groben Uebertreibungen fern hielt. Dagegen muß von Herrn Suckmann, der den Pygmalion zu geben hatte, leider gesagt werden, daß sein Spiel seit seinem ersten Auftreten sich noch nicht gebessert und daß sein Gesang eher an Schmelz verloren hat. Ena Döhle (Galathee) spielte dagegen nicht übel. Ihre Stimme aber ist etwas dünn. Anerkennung verdienen Inszenierung und Regie. Im Ganzen blieb doch ein ganz angenehmer Eindruck. H. B.

Goethe-Abend der Vereinigung Leipziger Bühnenangehöriger. Unter dem Namen „Freie Vereinigung Leipziger Bühnenangehöriger haben einige engagementslose junge Schauspieler und Schauspielerinnen eine Gesellschaft gebildet, die am Freitag mit einem Goethe-Abend in Hartmannsdorf an die Oeffentlichkeit trat. Sie brachte die beiden Goetheschen Lustspiele Die Mitschuldigen und Die Vögel, sowie das Drama Satyros zur Aufführung. Das Bestreben der Vereinigung, weitere Kreise mit alten, weniger bekannten Werken vertraut zu machen, ist lobenswert und verdient Unterstützung. Die junge Künstlergesellschaft, die mit den primitivsten technischen Hilfsmitteln arbeitet, zeigt ernstes Streben und bietet viel Anerkennenswertes. Die Aufführungen der beiden Lustspiele können — im ganzen genommen — als gelungen bezeichnet werden, und auch im Satyros fand sich manche gute Leistung. Im einzelnen machte das Spiel stellenweise noch den Eindruck des Unfertigen. Zu empfehlen ist der Gesellschaft, bei der Auswahl der aufzuführenden Stücke auf die ihr zur Verfügung stehenden Kräfte Rücksicht zu nehmen. Wenn im Satyros das empörte Volk nur durch vier Darsteller markiert werden kann, so schwächt das die Wirkung wesentlich ab. Noch deutlicher trat dieser Mangel in den Vögeln hervor. Wenn das Volk der Vögel nur durch vier Personen angedeutet wird, so kann es nicht überzeugend wirken, daß die beiden Wanderer durch diese vier Vöglein ihr Leben bedroht sehen, auch wenn sich die vier noch so wild gebärden. Auch darf man sich über die Anordnungen des Autors für die handelnden Personen nicht allzu frei hinwegsetzen. Daß Treufreund und Hoffegut als Wanderburschen von heute erscheinen, könnte vielleicht noch hingehen. Daß man aber den alten Waldteufel ganz seines mystischen Aeußeren entkleidet, ist nicht angängig. Im übrigen verdient die Gesellschaft Anerkennung und Unterstützung. Es ist ihr zu wünschen, daß sie bei weiteren Aufführungen ein volles Haus und ein verständnisvolleres Publikum als das bei ihrem ersten Auftreten findet. Das Verhalten dieses Publikums war zeitweise geradezu skandalös. A. F.

Städtische Theater. Sonnabend, den 20. August, gelangt im Operettentheater die Neuheit Hol mich der Teufel, Operette in 2 Akten und einem Epilog von Viktor Léon und Heinz Reichert, Musik von Leopold Reichwein zur Erstaufführung. Beschäftigt sind: Walter Grave (der Marquis), Margarete Rößner (das Mädchen), Charlotte Volland (die Dame von Welt), Ernst Badekow (der Jüngling), Hugo Steinherr (der mysteriöse Herr), Josef Trautmann (der Telepath), Emmy Navarra (die Niggerin), Willi Burg (ein Zudringlicher), Hermann Engelmann (der Güterdirektor), Karl Eichler (der Haushofmeister). Szenische Leitung: Hugo Steinherr, musikalische Leitung: Otto Findeisen. Tänze einstudiert von Emma Grondona. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr, Ende gegen 10½ Uhr. Die erste Wiederholung von Hol mich der Teufel findet Sonntag abend, den 21. August, statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210815/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bahnhöfen Riesa und Elsterwerda wird weiter ein großer Verschiebebahnhof erbaut werden, der umfangreiche Veränderungen an der Bahnlinie von Riesa nach Elsterwerda mit sich zieht.

Löbnitz. In der Rotheschen Putzwollfabrik entstand ein Brand, dem eine große Menge Rohstoffe zum Opfer fiel. Durch tatkräftiges Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand gelöscht werden.

Dresden. In bis zur Bewußtlosigkeit betrunkenem Zustande wurden auf einer Wiese in Neugersdorf zwei Schulknaben aufgefunden. Sie hatten eine Flasche Schnaps geleert, eine volle Flasche hatten sie noch bei sich.

Mittweida. Das städtische Braunkohlenwerk, das der Stadt über eine Million Mark Defizit gekostet und seit Monaten stillgelegen hat, ist vom 12. August ab von einem Privatunternehmer pachtweise in Betrieb genommen worden.

Glauchau. Das durch unterirdische Gänge entstandene Senkungsgebiet an der Schloß- und Marktstraße mußte abgesperrt und die massiven dreistöckigen Häuser geräumt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Gehalts- und Lohnforderungen für die Reichs- und Staatsarbeiter, Angestellten und Beamten.

Am Freitag begann in Berlin die Konferenz der Spitzenorganisationen der deutschen Reichsländer- und Gemeindebeamten sowie der großen gewerkschaftlichen Organisationen über die Frage, ob ein gemeinsames Vorgehen aller Gehalts- und Lohnempfänger angesichts der neuen Teuerungswelle möglich sei. Bekanntlich hatten die drei großen Eisenbahnerorganisationen: der Allgemeine Deutsche Eisenbahnerverband, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und der Deutsche Eisenbahnerverband, in voraufgegangenen Verhandlungen eine Einheitsfront geschaffen, während die vierte Eisenbahner-Großorganisation, die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, diesem Bündnis zunächst nicht beitreten konnte, weil sie verpflichtet war, die Entscheidung ihrer Spitzenorganisation, des Deutschen Beamtenbundes, abzuwarten.

Die Verhandlungen, die von Dr. Wölter vom Deutschen Beamtenbund geleitet wurden, vereinigten Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsringes und des Deutschen Beamtenbundes. Weiter waren Vertreter der obengenannten Eisenbahnerverbände, des Transportarbeiterverbandes, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sowie andrer zahlreicher Organisationen erschienen. Die Verhandlungen ergaben in einem weniger wichtigen Punkt die volle Uebereinstimmung aller Beteiligten. Man verlangte die Beseitigung aller Unterschiede in den jetzigen Teuerungszulagen und in den Zuschlägen zu den Kinderzuschlägen, wie sie durch die Aktionen im letzten Januar entstanden waren.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring brachten die Forderungen zum Vortrag, die sie als unerläßlich ansehen. Danach verlangen sie für die Arbeiter eine Zulage von 1.50 Mk. pro Stunde oder eine Erhöhung des Gesamtlohnes um 3600 Mk. pro Jahr. Für die Beamten sollte nach dem Vorschlag der genannten Organisationen ebenfalls eine Teuerungszulage von 3600 Mk. gleichmäßig für alle Kategorien erhoben werden, wobei dieser Betrag auch als „pensionsfähig" betrachtet werden soll.

Der Deutsche Beamtenbund wollte sich mit diesen Forderungen nicht einverstanden erklären, sondern forderte für seine Mitglieder einen Zuschlag von **8500 Mk.** jährlich gleichmäßig für alle Beamtenkategorien. Die andern Organisationen erhoben gegen diese Forderung Einspruch, die allseitig als zu hoch betrachtet wurde. Um einen Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden, einigte man sich dahin, eine Kommission zu bilden, in der Vertreter aller Organisationen saßen, und in der man auf dem Wege des Kompromisses sich entgegenkommen wollte. In dieser Kommission gaben die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes zunächst nach und einigten sich auf eine Forderung von 3600 Mk. Als dann das Plenum wieder zusammentrat, erhoben die zahlreich anwesenden Vertreter der Beamtenorganisatonen jedoch Einspruch, und der Deutsche Beamtenbund erklärte nunmehr, daß er für seine Mitglieder eine Mindestforderung in Höhe von 4200 Mk. erheben müsse. Es wurde versucht, auf dieser Basis mit den andern Organisationen zu einem Kompromiß zu kommen, doch scheiterte dieser Vorschlag.

Nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, übermittelten die in Betracht kommenden Gewerkschaften der drei Spitzenorganisationen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring) den zuständigen Instanzen folgende Forderungen:

1. Für Arbeiter: Gewährung einer Ausgleichszulage zum beweglichen Teuerungszuschlag in Ortsklasse B von 10 Pfg. in Ortsklasse C von 20 Pfg. und in Ortsklasse D von 30 Pfg. pro Stunde.

   Gewährung einer weiteren allgemeinen Teuerungszulage in sämtlichen Ortsklassen in Höhe von 1.50 Mk. pro Stunde und entsprechende Zulagen für weibliche Arbeiter und Lehrlinge und Erhöhung der Kinderzulagen um 150 Prozent. Bereitstellung entsprechender Mittel zwecks Erhöhung der Bezüge der Rentenempfänger.
2. Für Beamte: Angleichung der Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag an die Sätze der Ortsklassen. Gewährung einer gleichmäßigen, pensionsfähigen Teuerungszulage von 3600 Mk. an alle Beamte einschließlich der Diätare und Pensionäre. Angleichung der Teuerungszuschläge zu den Kinderzulagen an die Sätze der Ortsklasse A.
3. Die neuen Teuerungsbezüge für alle Arbeiter und Beamte sind rückwirkend ab 1. Juli 1921 zu zahlen.

In einer Mitteilung heißt es: Die vorstehenden Forderungen wurden nur nach reiflicher Erwägung und unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse aufgestellt. Sie unterscheiden sich von den Forderungen des Deutschen Beamtenbundes dadurch, daß sie die vom Beamtenbund bei früheren Bewegungen gemachten Fehler vermeiden und sich auf dem Boden der realen Verhältnisse bewegen. Der Deutsche Beamtenbund läßt sich offenbar von agitatorischen Gesichtspunkten leiten, sonst wäre es nicht möglich gewesen, eine Mindestforderung von 8500 M. pro Kopf aufzustellen und sie in wenigen Stunden auf 4200 Mk. zu reduzieren. Es wäre dies um so weniger möglich gewesen, wenn der Deutsche Beamtenbund aus dem Zusammenbruch seiner letzten Teuerungszulagenaktion gelernt hätte. Die Gewerkschafts-Spitzenorganisation, da der Beamtenbund sich auch heute nicht einigen will, war es, die nach diesem vorerwähnten Mißerfolg ein erträgliches Resultat herbeiführte. In der klaren Erkenntnis, daß auch dieses Mal die Politik des Deutschen Beamtenbundes Schiffbruch erleiden muß, lehnten die übrigen Organisationen das Zusammengehen mit dem Deutschen Beamtenbund auf der von ihm vorgeschlagenen Grundlage ab.

Achtung Bauarbeiter!

Die Haupttarifämter für das Baugewerbe und für das Tiefbaugewerbe haben in ihrer letzten Sitzung am 5. August dieses Jahres die Ferienfrage für das gesamte Baugewerbe durch nachstehende Entscheidung endgültig geregelt (es sind zwei Entscheidungen, eine für das Tiefbaugewerbe insbesondere und die zweite für das Baugewerbe im allgemeinen, sie sind aber im Wortlaut gleich).

Die vorläufige Regelung der Ferienfrage für das durch den Reichstarifvertrag vom 18. Mai 1920 betroffene Baugewerbe, (Entscheidung des Haupttarifamtes für das Baugewerbe vom 5. August 1921), ist folgende:

1. Anspruch auf drei Werktage Ferien (Beurlaubung unter Fortzahlung des Tariflohnes) hat, wer im Hoch-, Beton- oder Tiefbau bis zum 30. September mindestens 40 Wochen in demselben Geschäft gearbeitet hat.

   Feierzeit wegen Witterungsverhältnissen, Materialmangels, Betriebsstörung oder Krankheit des Arbeiters beseitigt den Anspruch nicht; ebensowenig Entlassung aus Gründen, die der Arbeitnehmer nicht zu vertreten hat, wenn der Anspruch bereits erworben war.
2. Die Ferienzeit ist auf Verlangen des Arbeitnehmers höchstens auf das Doppelte zu verlängern, aber ohne Anspruch auf Bezahlung der überschießenden Tage.
3. Die Ferien sollen in die Zeit vom 15. Juli bis 15. November 1921 fallen.
4. Die Ausführung von Arbeiten in den Ferientagen gegen Entgelt berechtigt zur sofortigen Entlassung und hat die Verwirkung des gesamten Ferienentgeltes zur Folge.
5. Die Regelung im Einzelfall erfolgt durch den Arbeitgeber nach Anhörung der Arbeitnehmervertretung.
6. In Streitfällen über die Urlaubsberechtigung entscheiden die örtlichen Tarifinstanzen.
7. Die Organisationen der Arbeitnehmer verpflichten sich, diese Vereinbarung auch bei den sozialisierten Baubetrieben durchzuführen.
8. Wo durch die vorstehende Regelung im Einzelfall eine unbillige Härte für den Arbeitgeber entstehen sollte, kann durch die Tarifinstanzen eine Ausnahme bewilligt werden.
9. Diese Vereinbarung gilt als besonderer Tarifvertrag, hinsichtlich dessen beide Parteien hiermit die Allgemeinverbindlichkeitserklärung beantragen.

Durch diese Entscheidung haben die seit langen Monaten geführten Verhandlungen ihren Abschluß gefunden. Jetzt gilt es, die Entscheidung durchzusetzen. Die Arbeitgeber haben ihre grundsätzliche Abneigung und ihren Widerstand gegen die Einführung von Ferien keineswegs aufgegeben. Als sie eine Entscheidung der Haupttarifämter nicht mehr hintertreiben konnten, erklärten sie, sich unter keinen Umständen einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Dann verließen sie den Verhandlungssaal. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Arbeitgeberverbände ihre Unterverbände und diese ihre Mitglieder anweisen werden, die Sabotage der Ferien fortzusetzen. Es kann sich für uns nun nicht darum handeln, die eben beendeten zentralen Verhandlungen örtlich mit den einzelnen Unternehmern aufzunehmen, sondern unsern Kollegen, soweit sie nach der Entscheidung Anrecht darauf haben, schnellstens zu Ferien zu verhelfen.

Das hierzu erforderliche Material kann durch die Baudelegierten, die bei der Durchführung unbedingt mit tätig sein müssen, bis Donnerstag im Verbandsbureau entnommen werden.

Die Kollegen werden ersucht, die Baudelegierten darauf aufmerksam zu machen, um jede Verzögerung zu vermeiden.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes,
Bezirksverein Leipzig.

Das Ergebnis der Metallarbeiterwahl.

Nach einer Vorwärtsmeldung verteilen sich die Mandate zum Verbandstag der Metallarbeiter wie folgt: VKPD. 114, USPD. 256, SPD. 410, Parteilos 1.

Danach hätten die Rechtssozialisten gegenüber dem letzten Verbandstag eine ziemliche Stärkung erfahren, worauf die Kommunisten, auf deren Verhalten dies zurückzuführen ist, stolz sein können.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit der Frage der Brotpreiserhöhung in Bezug auf Gewährung eines Lohnausgleichs beschäftigt und hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes erkennt allgemein an, daß eine nennenswerte Erhöhung der Lebenshaltungskosten, wie sie durch die Brotpreiserhöhung eintritt, eine entsprechende Regelung der Löhne als notwendig erscheinen lassen kann. Er hält es für sachlich unmöglich, den angeschlossenen Arbeitsgemeinschaften eine gleichmäßige Regelung zu empfehlen, weil die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben und an den verschiedenen Plätzen durchaus verschieden sind.

Der Vorstand empfiehlt jedoch den angeschlossenen Organisationen, schleunigst in eine Ueberprüfung der in Betracht kommenden Lohntarife durch gemeinschaftliche Verhandlungen einzutreten."

Ein Streik der bremischen Staatsarbeiter infolge Lohndifferenzen ist am 13. August ausgebrochen. Die Technische Nothilfe ist auf dem Gas- und dem Elektrizitätswerk eingesetzt worden. Auf dem Wasserwerk haben die Beamten den Dienst der Arbeiter übernommen. Infolge des Streiks war die A.-G. Weser infolge Strommangels gezwungen, die Werft heute mittag zu schließen.

Der Streik in der Hamburger und Bremer Oelindustrie dauert fort. Die Urabstimmung hat eine erdrückende Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks ergeben.

Zum Buchdruckerstreik in Mainz, Wiesbaden, Worms usw. ist vor dem Buchdruckertarifamt in Berlin zwischen Prinzipalen und Gehilfen eine Vereinbarung getroffen worden, auf Grund deren die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden soll.

Ein Kriegsgerichtsurteil gegen einen streikenden Buchdrucker. Das englische Kriegsgericht in Köln hat am 6. August einen streikenden Buchdrucker, den die englische Militärzeitung Pologne Post zum Annoncensetzen aufgefordert hatte, der aber die Arbeit verweigerte, zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aussperrung im südbayrischen Baugewerbe. Als Repressalie gegen den in Augsburg seit Donnerstag andauernden Streik der Bau- und Zementarbeiter, die einen Stundenlohnzuschlag von 1.50 Mk. verlangen, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, in ganz Südbayern sämtliche Bauarbeiter, Zementleute, Weißputzer und ähnliche Arbeiter auszusperren. In Südbayern befinden sich insgesamt 10 000 Bauarbeiter im Streik. Es wurde auch beabsichtigt, sämtliche Betriebe des Hoch-, Tief- und Betonbaues stillzulegen. Bei dieser Stillegung kämen etwa 30—40 000 Arbeiter in Frage.

Streik französischer Textilarbeiter. 40 000 Textilarbeiter in Roubaix und Tourcoing werden am 16. August in einen Lohnstreik treten.

Drohender Streik in der englischen chemischen Industrie. Für den 27. August droht ein Lohnstreik in der chemischen Industrie.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Fabrikarbeiter-Verband (Zahlstelle Zeitz) sucht zum sofortigen Antritt eine befähigte Kollegin als
Hilfskraft
die agitatorisch und organisatorisch veranlagt ist. Selbige muß längere Zeit Mitglied einer freigewerkschaftlichen Organisation und im Rechnen und Rechtschreiben vollständig bewandert sein. Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes erhalten den Vorzug. — Bewerbung mit einem eigenhändigen Lebenslauf und Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung sind bis Sonnabend den 20. August, an die **Geschäftsstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes Zeitz, Donalies-Straße 12/13,** zu richten

Gesucht
zuverlässiger
Formermeister
oder erster Former
möglichst nicht über 35 Jahre alt, welcher besonders große Erfahrungen in der Herstellung von Maschinenguß und zugleich Geschick und den notwendigen Takt beim Anlernen von Maschinenformern besitzt.
Angebote unter **K. 2610** an die **Annoncen-Expedition Jak. Vowinckel, Elberfeld.**

Unverheiratete* Metalldrücker
auf Tafelgeräte eingearbeitet, für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Antritt gesucht
Gebr. Arndt
Quedlinburg a. H.

Schreberverein d. Ostens
sucht f. sein Vereinshaus ein. **Verwalter** f. sof. Bew. bis 18./8. abds. a. W. Hartmann, Reudn., Unt. Münsterstr. 25, II

Schäfte-Stepperinnen
für Heimarbeit bei gutem Akkordlohn gesucht
Edwin Frauendorf
Schuhfabrik
Zwenkau b. Leipzig.

Wer Lust hat eine Leih-Bibliothek
moderner Film- und Detektivromane, die in Millionenauflagen erschienen sind, einzurichten und über kleines Kapital verfügt, erfährt Näheres unter **L. G. 2563/66** durch **Ala-Haasenstein & Vogler, Leipzig.**

Mehrere gelernte [*
Eisen-Dreher
möglichst über 28 Jahre, zum sofortigen Eintritt gesucht.
Berlin-Erfurter Maschinenfabrik HENRY PELS & CO., ERFURT.

Aelterer, erfahrener und selbständiger
Heizungsmonteur
per sofort gesucht
Robert Thieme
Zentralheizungen
Aschersleben.

Verkäufe

Anzüge v. 220.— an a. f. st. Fig.
Hosen a. A. v. 65 an
Hosen für Kellner v. 70 an
Gu.-Mänt., Schlüpf. Frack Gebr. Smok-Anz. c. leihw.
bar und Teilzahlung
ohne Aufschlag T. 6196
Baumgärtel Königsp. 9, I. neb. Grassimus.

!Von Herrschaften!
wenig getr. Herren- u. Damen-Garderobe, Kostüme, Kleider, Mäntel, Röcke, Blus., Schuhe, Bettwäsche, Federbett. a. bill. Preis. **Rauch. Steinweg 26, I. L.***

Von Herrschaften wenig getr.,
so gut wie neu, u. neue Herr.-, Dam.- u. Knd.-Garderobe aus feinst. Stoff. hergest., kauf. Sie, wie altbekannt, gut u. bill. [* **nur b. Kummer, Reichsstr. 14, Tr. B**

Spottbillig
Getragene und neue
Anzüge
Militär-gestreifte schwarze Arbeiter-Hosen
nur prima Qualitäten u. feinste Schneider-Arbeit a. sämtliche Schuhwaren **kaufen Sie wie altbekannt beim billigen**
Kanner
Eisenbahnstr. 5

Gastwirtschaft
Leipzig-Altstadt (Südviert.) 2 Gaststb., Wohng., (Tausch) u. Inventar, ohne Grundstück, f. 15000 Mk. verkäufl. durch Brasch, Altenburg, S.-A., Schmölnsche Straße 18. Für 17000 Mk. eine solche in Leipzig-Plagwitz.

Anzüge getragene und neue, Hosen, Cutaway, Gehrockanzüge, Schlüpfer, Covercoat, Gummimantel usw. Bitte ansehen ohne Kaufzwang.
Johannisplatz 8 hinter der Kirche. [*

10 Anzüge, 3 Cutaway-Hosen, Gehrockanz. spottbillig. Bitte ansehen. Lange Str. 10, I. [*

Bett **Inlett** D. R. 130 cm breit, 40 Mk., fertige Bezüge, weiß und bunt, 102, 90, 74, 62 Mk., Bettücher 58 und 48 Mk., Ia. Handtücher 9 Mk., halbleinene Wischtücher 7.50 Mark, Hemdentuch und Barchent **Hardenbergstraße 21, Oldag. Kein Laden.**

Gebrauchte Möbel,* Schränke, Tische, Stü., Spieg., Sofas, Bettstellen usw. verk. Kämpfer, Katharinenstr. 2, H.

1 sch. Kldschrank, 2 Reformb., bill. Untere Münsterstr. 8, pt. r

Küchenschrank, 230, Pl.-Sofa, 375, Vert., 360, Bettst. m. M. u. a. vk. Sternwartenstr. 43, I. l.

Küchenschrank, Ti., Kldschr., Waschk., Pl., Schmiedestr. 7, pt.

Moderne Betten
solid m. Ia-Stahlm. u. g. Ausf. n. 500 Mk., Chaiselongue 250, gth. engl. Bett m. gut. Drellm. nur 350 Mk. Brüderstr. 10, I. l.

Schallplatten Bruch und abgespielte hr. dring. u. zahlt d. h. Preise Jeremias, Stötteritz. Str. 9 [*

Waschgefäße
billig V., Zollikoferstraße 33.

Nähmaschine, gutnähd., verk. **Kappe,** Nürnberg. Str. 11. [*

Nähmasch., gutnäh., vk. preiw. Meth. Frankfurter Str. 22.*

Fahrräder gebr. von 449 an, **Luftschläuche** von 13.50 an, **Lauddecken** von 43 Mk. an, [* Zubehör z. bill. Tagespreisen
Beyer Ranstädter Steinweg **33**

Radfahrer! [*
Gummi, sämtliche Ersatzteile, Reparaturen, Rahmenbrüche äußerst billig
Fahrradhaus Pötsch
Täubchenweg 86.

Klappwag. m. Verd., fast neu, vk. Neust., Meißner Str. 30, II.

Prom.-Klappw., hell, f. neu, Klappst. b. Li., Birkenstr. 8, p. r.

Klappw. m. u. o. Verd., Kdr.-wagen, Zithern, verk. billig Neusch., Melchiorstr. 16, I. r.

N. Schäferhündin, 7 W., echt, schott. Schäferh., 10 W., Stub.-hündch., 30 ℳ Birkenstr. 8, pt. r.

Kaufgesuche

Kaufe Möbel, Sofas, Matr. auch defekt. Brüderstr. 10, I. l.

Kaufe Herren-Garderobe Militär-Sachen [* Gehrock-Anzüge, Betten, Bett- u. Leibw., Leibhausch. Militär-Stiefel und Schuhe. Klink, Ranstische Gasse 6, pt. Straßenbahn b. Battenberg

Herrengarderobe, neu u. getragen, auch **Gehrockanzüge,** a. einzeln, kauft **Johannisplatz 8** (hinter der Kirche).*

Suche sofort z. kf. H.-Rad m. Freil. m od. o. Gummi Li., Birkenstr. 8, Brettschneid.

Puppenwa., auch def., Kan. od. Füllofen kft. sof. Schäffrig, Neuschönef., Melchiorstr. 10.

Klappwagen, auch def., sucht Rost, Täubchenweg 58, I. l. [*

Gold- u. Silberwaren
Uhren, Ketten, Ringe, Platin kauft **Max Israel,** Uhrm. Promenadenstr. 5, Lad.*

Nähmaschinen kauft Kappe Nürnberger Straße 11. [*

Lumpen Papier
Bücher, Zeitungen
Eisen Metalle
kauft laufend *
Richard Fahrenbruch
Inh. Willy Schönfeld
Berliner Str. 11. T. 11368

Vermischte Anzeigen

Kammerjäger Wagner wohnt Senefelderst. 11, S. I.*

Ihr Anzug
wird wieder **wie neu gereinigt u. gebügelt für 20 Mk.** Abholung und Zusendung frei. Postkarte genügt an Wäscherei **Undine, Leipzig-Dölitz.**

Schäferhund, wolfsf., 6 M. alt, entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben Li., Angerstr. 26.

Wohnungen

Leere Stube mit Kochofen v. ruh. Ehepaar gesucht. Off. u. L. 54 Exp. d. Vl., Tauch. St.

Kaufe Montag, den 15., Dienstag, den 16., und Mittwoch, den 17. August, v. 3-6 Uhr, alte
Zähne u. Zahngebisse
Hotel Fröhlich, Leipzig, Wintergartenstr. 14.*

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210815/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Die **Leipziger Michaelismesse**, die ebensowohl dem Klein- wie dem Großhandel dient, **beginnt Sonntag, den 28. August dieses Jahres.**

Die **Herbstmustermesse** (Allgemeine Mustermesse, Technische Messe und Baumesse) endet bereits **Sonnabend, den 3. September.**

Die **Kleinmesse**, die zugleich aus **Schaumesse** ist, dagegen **Sonntag, den 18. September.**

Die **Herbstledermesse** findet **Donnerstag, den 1. September,** statt. Die **Mehbörse** für die **Lederindustrie** wird **am gleichen Tage,** nachmittags 3—6 Uhr, im Saale der Handelsbörse am Blücherplatze, gegenüber dem Hauptbahnhof, abgehalten.

Die **Rauchwarenmesse** — bestimmt für den Handel mit Pelzwaren — **beginnt Sonntag, den 4. September.** Reg. C.

Leipzig, am 13. August 1921.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Am 14. August 1921 wird der an der Friederikenstraße in Flur Leipzig-Probstheida liegende Aicheabladeplatz bis auf weiteres geschlossen. An seine Stelle tritt ein ihm gegenüber liegender neuer Schuttabladeplatz, der vom 16 August d. J. an auf unbestimmte Zeit eröffnet wird.

Die Abladegebühr beträgt für

1 Handwagen	20	Pfg.
1 einspännig. Geschirr	40	„
1 zweispännig. „	60	„

Der Verkauf der Schuttmarken geschieht am Eingang des Abladeplatzes.

T.-A. III. Nr. 222. **Der Rat der Stadt Leipzig.**

Regelung des Verkehrs mit Brot und Mehl

im Bezirk des Kommunalverbandes der Stadt Leipzig auf Grund des § 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921.

I. Allgemeines.

1. Das von der Reichsgetreidestelle zugewiesene Mehl wird vom Rate, Ernährungsamt, durch die städtische Mehlverteilungsstelle bewirtschaftet. Die nachfolgenden Bestimmungen beziehen sich **nur** auf dieses Mehl und das daraus hergestellte Brot, Kleingebäck, Krankenbrot und Zwieback. Brotmarken im Sinne dieser Bekanntmachung sind die auf diese Backwaren lautenden Marken.

2. Versorgungsberechtigt sind:

a) die im Stadtbezirke ihren regelmäßigen Aufenthalt habenden Personen der bürgerlichen Bevölkerung, außer den Selbstversorgern und Deputatberechtigten;

b) die im Stadtbezirke ihren regelmäßigen Aufenthalt habenden Angehörigen der Reichswehr und Landespolizei, soweit sie nicht von der Truppe zu versorgen sind;

c) die im Stadtbezirke sich vorübergehend aufhaltenden Personen, sofern sie nicht von einem anderen Kommunalverbande oder von der Reichswehr oder Landespolizei zu versorgen sind.

3. Personen, die aus der Versorgung eines anderen Kommunalverbandes kommend im Stadtbezirk ihren regelmäßigen Aufenthalt nehmen, erhalten Brot und Mehl zugeteilt, nachdem sie der Kartenstelle einen ordnungsgemäßen Abmeldeschein des anderen Kommunalverbandes vorgelegt haben, wonach sie für dauernd aus dessen Versorgung ausgeschieden sind. Personen, die vorher von keinem anderen Kommunalverbande zu versorgen waren, erhalten Brot und Mehl, nachdem sie der Kartenstelle genügende Ausweise hierüber vorgelegt haben.

4. Die im Stadtbezirke vorübergehend Aufenthalt nehmenden Personen die vom Kommunalverbande der Stadt Leipzig zu versorgen sind (die im Inlande einen regelmäßigen Aufenthaltsort habenden Personen, die bei der Ankunft hier länger als 3 Monate auf Reisen sind, die keinen inländischen regelmäßigen Aufenthaltsort habenden Personen, Urlauber der Reichswehr und der Landespolizei usw.) erhalten Brot und Mehl, nachdem sie der Kartenstelle genügende Ausweise über die bisherige Versorgung vorgelegt haben. Sind die hier vorübergehend Aufenthalt nehmenden Personen von einem anderen Kommunalverbande zu versorgen, so haben sie Reichsreisebrotmarken mitzubringen, wenn sie hier Brot entnehmen wollen.

II. Zuzuteilende Brot- und Mehlmenge.

1. Die Zuweisung von Brot und Mehl wird nach dem Lebensalter abgestuft. Für eine Versorgungswoche erhalten:

a) Kinder bis zu 3 Monaten ¼ Pfund Weizenmehl,

b) ältere Kinder bis zu 1 Jahre ¼ Pfund Weizenmehl und ¾ Pfund Zwieback oder 1 Pfund Weißbrot,

c) Kinder im 2. Lebensjahre ¼ Pfd. Weizenmehl und 1½ Pfund Zwieback oder 2 Pfund Weißbrot,

d) Kinder vom vollendeten 2. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre 3 Pfund Schwarzbrot,

e) über 6 Jahre alte Versorgungsberechtigte 1900 Gramm Schwarzbrot.

Die unter d) und e) genannten Versorgungsberechtigten dürfen statt eines Pfundes Schwarzbrot auf die hierfür bestimmte Brotmarke 350 Gramm Mehl entnehmen.

Außerdem werden auf Antrag für eine Versorgungswoche gewährt:

f) Eisenbahnern, Bergarbeitern, Binnenschiffern, die als Schwerstarbeiter anerkannt sind, noch bis zu 2 Pfund Schwarzbrot.

2. Krankenhäusern, Kliniken und ähnlichen Anstalten mit stetig wechselnder Verbraucherzahl werden Brot und Mehl gemäß der Bekanntmachung über die Behandlung der Lebensmittelkarten für Anstalten und der Karten von Insassen beim Eintritt und beim Ausscheiden aus der Anstalt vom 19. November 1917 zugeteilt.

3. Für die Berechnung des Lebensalters der versorgungsberechtigten Personen ist die Bekanntmachung über die Berechnung des Alters der Kinder bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten vom 15. August 1916 maßgebend.

III. Verbrauchsregelung durch Karten.

1. Mehl und Brot dürfen zum Verbrauche abgegeben und entnommen werden nur gegen Marken der Kommunalverbände Leipzig-Stadt und -Land, mit Ausnahme der Säuglings- und Krankenbrotmarken des Landbezirks, oder gegen Reichsreisebrotmarken. Dies gilt auch für Handel- und Gewerbetreibende, die diese Waren aus ihrem Geschäftsvorrate zu eigenem Verbrauche entnehmen.

2. An andere Wiederverkäufer darf Brot nur abgegeben werden, wenn sie die dafür erhaltenen Marken dem Lieferanten regelmäßig so rechtzeitig zurückliefern, daß er sie innerhalb einer Woche nach Ablauf ihrer Gültigkeit der städtischen Mehlverteilungsstelle zum Eintausch in Mehlbezugscheine abliefern kann.

3. Auf die vom Kommunalverband der Stadt Leipzig ausgegebenen Brot- und Mehlmarken darf nur Ware der aufgedruckten Art und Menge abgegeben und entnommen werden, soweit nicht die nachstehenden Ausnahmen gelten oder im einzelnen Falle etwas anderes bestimmt wird. Der Aufdruck Brot bedeutet Schwarzbrot.

4. Es dürfen abgegeben und entnommen werden:

a) auf die Brotmarke mit 1 Wellenlinie nur 400 g Schwarzbrot,

b) auf die Brotmarke mit 2 gestrichelten Linien wahlweise auch 350 g Mehl,

c) auf 7 Semmelmarken 1 Pfund Schwarzbrot.

5. Auf Reichsreisebrotmarken darf die aufgedruckte Gewichtsmenge Schwarzbrot abgegeben und entnommen werden.

6. Die Brot- und Mehlmarken gelten nur für den Zeitabschnitt der aufgedruckt ist, und dürfen nur innerhalb dieses Zeitabschnittes verwendet werden. Sie sind nicht übertragbar. Es ist jedoch zulässig, daß innerhalb einer Hauswirtschaft die für die Haushaltangehörigen zugeteilten Brot- und Mehlmarken gemeinsam verwendet werden.

7. Abhanden gekommene Brot- und Mehlmarken werden nicht ersetzt.

8. Der Versorgungsberechtigte ist verpflichtet, sofort nach Empfang der Brotkarten an der vorgeschriebenen Stelle seinen Namen und seine Wohnung einzuschreiben. Die für die Mitglieder eines Haushalts ausgegebenen Karten sind von dem Haushaltungsvorstande und die für Anstalten und ähnliche Unternehmen ausgegebenen von deren Inhaber oder Wirtschaftsleiter mit dem erforderlichen Eintrage zu versehen. Karten, auf denen dieser Eintrag fehlt, sind ungültig.

IV. Karten- und Warenentnahme durch Versorgungsberechtigte.

1. Versorgungsberechtigte, die aus dem Stadtbezirke verziehen oder in die Verpflegung der Reichswehr oder Landespolizei eintreten, haben die Karten vorher der Kartenstelle zurückzugeben. Der Haushaltungsvorstand ist mit verantwortlich, daß dieser Verpflichtung genügt wird.

2. Ebenso sind die Karten Verstorbener von dem Vorstande des Haushalts, dem der Verstorbene angehört hat, oder von den Erben unverzüglich an die Kartenstelle zurückzugeben.

3. Versorgungsberechtigte, die im Inlande verreisen, haben ihre Brotkarten in der Kartenstelle in Reisebrotmarken umzutauschen, damit sie unterwegs mit Brot und Mehl versorgt werden. Bei länger als drei Monate währenden Reisen hat der Versorgungsberechtigte vom vierten Monat an in die Brot- und Mehlversorgung des jeweiligen Aufenthaltsortes zu treten. Für die Dauer von Auslandsreisen sind die Brotkarten zurückzugeben; Reisebrotmarken werden für Auslandsreisen nicht ausgegeben.

4. Die Anstalten und ähnlichen Unternehmen zugeteilten Karten sind von dem Inhaber oder Leiter zurückzugeben, wenn der Betrieb eingestellt oder auf einen anderen übertragen wird.

5. Der Versorgungsberechtigte hat, wenn er Brot oder Mehl entnimmt, dem Lieferanten die ganze Karte zu übergeben, ohne vorher Brot- oder Mehlmarken abzutrennen. Der Lieferant hat sich die Karte geben zu lassen, für die abzugebende Ware die entsprechende Zahl Marken abzutrennen und die Karte dem Versorgungsberechtigten zurückzugeben.

6 Marken, die von der Karte abgetrennt sind, haben keine Gültigkeit. Es ist verboten, Ware darauf abzugeben oder zu entnehmen.

V. Mehlzuteilung an die Bäcker und Mehlkleinhändler.

1. Das Mehl wird gegen Mehlbezugsscheine ausgegeben, die der Rat entweder durch das Ernährungsamt oder die städtische Mehlverteilungsstelle ausstellen läßt. Auf die Mehlbezugsscheine ist das Mehl in der von der städtischen Mehlverteilungsstelle bestimmten Ausgabestelle zu entnehmen.

2. Die Bäcker und Mehlkleinhändler erhalten Mehlbezugsscheine nur von der städtischen Mehlverteilungsstelle und nur gegen Abgabe im Stadtbezirke geltender Brot- und Mehlmarken, die von Versorgungsberechtigten in ihrem Geschäft für gekaufte Ware abgegeben worden sind. Die Marken, auf denen die Gültigkeitsdauer aufgedruckt ist müssen binnen einer Woche nach deren Ablauf der städtischen Mehlverteilungsstelle eingeliefert werden. Für später vorgelegte Marken werden Mehlbezugsscheine nicht erteilt; verlorene Bezugsscheine werden nicht ersetzt.

3. Wiederverkäufer von Backwaren haben die Marken nicht in der städtischen Mehlverteilungsstelle, sondern an ihre Lieferanten abzugeben und zwar so rechtzeitig, daß diese die Ablieferungsfrist von einer Woche einhalten können.

4. Zur Erlangung eines Mehlbezugsscheines über 1 Zentner Brotmehl ist die Zahl Marken abzuliefern, die die städtische Mehlverteilungsstelle im Auftrage des Rates, Ernährungsamt, jeweilig bestimmt. Bis auf weiteres sind dies:

135 Stück 1-Pfund-Brotmarken oder
135 Bogen Reisebrotmarken zu je 10 Stück
50-Gramm-Marken oder
1350 Stück 50-Gramm-Marken oder
135 Streifen von 7 Semmelmarken oder
137 Stück Mehlmarken.

5. Brotmarken, auf die Schwarzbrot abgegeben worden ist, dürfen nur als Brotmarken, und Brotmarken, auf die Semmeln oder Mehl abgegeben worden sind, nur als Semmel- oder Mehlmarken zum Eintausch von Mehlbezugsscheinen abgeliefert werden.

6. Weitere Bestimmungen, die die städtische Mehlverteilungsstelle über den Eintausch der Marken in Mehlbezugsscheine und den Mehlbezug erlassen hat oder noch erläßt, sind von den Bäckern und Mehlkleinhändlern genau einzuhalten.

7. Wenn ein Bäcker seinen Betrieb veräußert, verlegt, verpachtet oder einstellt, oder wenn er aufhört, selbst zu backen und durch einen anderen Bäcker backen läßt, so ist der eiserne Bestand der städtischen Mehlverteilungsstelle zurückzuliefern. Bei Veräußerung ist spätestens 8 Tage vor der Übergabe schriftliche Anzeige an die Mehlverteilungsstelle zu machen.

8. Das den Bäckern und Mehlkleinhändlern gegen Mehlbezugsschein zugeteilte Mehl darf nur entsprechend der Anweisung der städtischen Mehlverteilungsstelle entweder zur Herstellung der bestimmten Brotart oder zur Abgabe gegen Mehlmarken verwendet werden.

9. Anderes als hierfür zugeteiltes Mehl zur Herstellung der Backware oder zur Abgabe auf Mehlmarken zu verwenden, ist verboten.

VI. Mehllagerbücher, Getreide- und Mehlbestandsanzeigen.

1. Die Bäcker haben über das von ihnen für ihren gewerblichen Betrieb zugewiesene Mehl getrennt nach Arten ein Lagerbuch zu führen. In dem Lagerbuch ist jeder Posten dieses Mehles, der eingelagert oder vom Lager genommen wird, unter genauer Angabe des Eingangs- oder Entnahmetages und der Mengen zu buchen, und zwar die eingehenden Posten noch am Eingangstage und die ausgegebenen noch am Ausgabetage.

2. Am 15. jedes Monats ist bei Geschäftsschluß das Lagerbuch abzuschließen. Das zu diesem Zeitpunkte in den Backträgen vorhandene Mehl ist abzuwiegen und als Bestand für die nächste Monatsfrist vorzutragen. Auf der ersten Seite des Lagerbuches für die Eingänge ist am Kopfe anzugeben, welcher eiserne Bestand an Mehl und welche Aufbesserungen dieses Bestandes für den Gewerbebetrieb bewilligt worden sind.

3. Bäcker und Mehlhändler sind verpflichtet, am 15 jedes Monats ihre an diesem Tage bei Geschäftsschluß vorhandenen Mehlvorräte, Backwaren in Mehl umgerechnet, und den Wert der Mehlbezugsscheine dem Rate, Statistisches Amt, anzuzeigen. Zu der Anzeige sind Vordrucke zu benutzen, die den einzelnen Betrieben vom Statistischen Amt zugestellt werden. Wer bis zum Abend des dem Anzeigetage vorhergehenden Tages keinen Vordruck erhalten hat, muß sich sofort an das Statistische Amt im Stadthaus wenden. Die Anzeigen müssen so abgefertigt werden, daß sie spätestens am 16. des Monats früh bei dem Statistischen Amt eingehen.

VII. Zusammensetzung, Gewicht und Form der Backwaren.

1. Zur Herstellung des Schwarzbrotes ist nur das von der Städtischen Mehlverteilungsstelle hierfür zugeteilte Mehl, und zwar in der von dieser vorgeschriebenen Zusammensetzung zu verwenden. Es darf nur in Stücken zu 1 oder mehreren Pfunden zu 1400 und 1900 g hergestellt werden. Zugelassen ist weiter die Herstellung eines Kleingebäcks im Gewicht von 65 g.

2. Für Säuglinge und Kranke darf Säuglings- und Krankenbrot und Zwieback gebacken und gegen die entsprechenden Marken abgegeben werden. Zur Herstellung dieses Gebäcks darf nur das von der städtischen Mehlverteilungsstelle hierfür zugeteilte Mehl verwendet werden.

3. Weißbrot für Säuglinge und Kranke darf nur durch die jeweils dazu bestimmten Verkaufsstellen hergestellt und abgegeben werden. Wer Weißbrot für Säuglinge oder Kranke entnehmen will, hat am Tage vorher bei der Verkaufsstelle zu bestellen und dabei die am Entnahmetage geltenden Ausweismarken abzugeben. Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Besteller für die abgegebenen Marken eine Empfangsbestätigung zu geben. Das Säuglings- und Krankenweißbrot darf in Stücken von ein oder mehreren Pfunden hergestellt werden.

Zwieback darf nur nach Gewicht verkauft werden.

4. Das Säuglingsweißbrot erhalten die Kinder bis zu 2 Jahren. Krankenbrot und -Zwieback wird einem Kranken bewilligt, wenn ein entsprechendes ärztliches Zeugnis vorgelegt wird und wenn das Ernährungsamt auf Grund des Gutachtens des Aerzteausschusses nach dem verfügbaren Mehlvorrat und dem Bedarf an Krankenbrot die Bewilligung aussprechen kann.

VIII. Verwendung von Mehl und Brot zu technischen Zwecken.

1. Das Mehl darf nicht zur Herstellung von Klebstoffen oder anderen technischen Zwecken verwendet werden.

2. Das Brot zum Reinigen von Gegenständen, besonders zum Abreiben schmutziger Wände und Decken, oder zu anderen technischen Zwecken zu verwenden, ist verboten.

IX. Schlußbestimmungen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden, soweit nicht nach anderen Vorschriften schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Außerdem kann der Rat kaufmännische oder gewerbliche Betriebe schließen, deren Inhaber oder Leiter sich in der Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigt, die ihm diese Bekanntmachung auferlegt.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 16. August 1921 in Kraft.

Mit dem gleichen Zeitpunkte erledigen sich die Bekanntmachungen über die Regelung des Verkehrs mit Brot und Mehl vom 18. August 1919 und 18. August 1920 einschließlich sämtlicher Nachträge.

Ernährungsamt Leipzig, am 13. August 1921.

USPD. Groß-Leipzig

Alt-Leipzig, Westen I und II Dienstag, den 16. August, abends ½8 Uhr, im Sanssouci, Ellsterstr. (kleiner Saal): **Mitgliederversammlung.** T.-O.: Vortrag der Genossin Auguste Hennig über: Die Stellung der Frauen zu den Wahlen. Zahlreiches Erscheinen, hauptsächlich der Frauen, ist notwendig. **Die Bezirksvertreter.** *

Proletarische Freidenker.

Kirchenausgetretene, Kopf- und Handarbeiter! Frauen! Jugendliche!

Morgen Dienstag, ½8 Uhr, auf dem **Messplatze**

Massen-Versammlung.

Gen. **Ihme** spricht über: **Brot oder Vaterunser.**
Erscheint in Massen mit Euren Bekannten.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum zur Mitteilung, daß ich heute **Ecke Grenz- und Lindenauer Straße** meine

mechan. Spezial-Schnellbesohlanstalt

mit **Lederverkauf** und **Verkauf aller Schuhmacherbedarfsartikel** eröffne. Ich verarbeite nur bestes Bodenleder bei billigster Preisberechnung.

Achtungsvoll **Karl Friedrich.**

Nervenelend ist, wer über vorzeitige Schwäche, Hinfälligkeit, Unlust, Energielosigkeit, Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Unruhe, Beängstigung und hochgrad. Erregung klagt und wer seinen Angehörigen stets eine Quelle von Verdruß und Leiden ist. Wie solche unerträglichen Zustände zu heben sind und das Leben wieder sonnig zu gestalten ist, darüber spricht morgen u. Mittwoch im Schauspielhaus, Vorderhaus 2 Tr., abends ½8 Uhr, unser erfahrenster Praktiker Herr Uhlig. Unsere Vorträge wirken entscheidend fürs ganze Leben. Eintritt für Nichtmitgl. Mk. 1.50. — Gäste willkommen.

Verein für Lebens- und Heilkunst Reform e. V.

Leinölfirnis
garantiert rein, kg **16** Mk.
Alle streichfertigen Oel- und Lackfarben
empfiehlt unter Garantie der Haltbarkeit
L. O. Kaspar Nachf.,
Plagwitz, Zschochersche Str. 30

Gegen Würmer
hat sich **Wurmfeind** als Nachtkalmittel für Erw. und Kinder vorzüglich bewährt. Nur echt **König Salomo-Apotheke, Leipzig.**

N. Bucharin und E. Preobraschensky.

Das ABC des Kommunismus

Inhalt: Vorwort. I. Teil: Entwicklung und Untergang des Kapitalismus.

Einleitung: Unser Programm. 1. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung. 2. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. 3. Kommunismus und Diktatur des Proletariats. 4. Wie die Entwicklung des Kapitalismus zur kommunistischen Revolution führte. 5. Die Zweite und die Dritte Internationale.

II. Teil: Die Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Kommunismus.

Einleitung: Bedingungen der kommunistischen Aufbautätigkeit in Rußland. 6. Die Sowjetmacht. 7. Die nationale Frage und der Kommunismus. 8. Das Wehrprogramm der Kommunisten. 9. Proletarische Gerichtsbarkeit. 10. Schule und Kommunismus. 11. Religion und Kommunismus. 12. Die Organisation der Industrie. 13. Organisation der Landwirtschaft. 14. Organisation der Verteilung. 15. Organisation der Banken und die Geldzirkulation. 16. Die Finanzen im proletarischen Staate. 17. Programm der Kommunisten in der Wohnungspflege. 18. Arbeiterschutz und soziale Fürsorge. 19. Schutz der Volksgesundheit.

376 Seiten. **Preis 8 Mk. (Organisationen 5 Mk.)** geb. 15 Mk. 376 Seiten.

Zu beziehen durch:

Bücherstube Otto Müller, Schützenstraße
Frankes Verlag, Kreuzstraße 3 B.

Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Leipzig

Telephon 7769. Gerberstrasse 1, III, Zimmer 31.

Bureauzeit: Montag bis Freitag, ½9—1 Uhr vormittags, nachmittags von 4—7 Uhr und Sonnabends von ½9—1 Uhr.

Dienstag, den 16. August, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung

im großen Saale des Volkshauses.

Tagesordnung: 1. **Vortrag: Der bevorstehende Internationale Textilarbeiterkongreß.** 2. **Stand unserer Lohnbewegung.** 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist erwünscht. Mitgliedsbuch, Volkshausquittung und Vertrauensleutekarte ist zur Kontrolle mitzubringen und am Eingange vorzuzeigen.

Die Ortsverwaltung.

Läuse Flöhe Schwaben Holzwurm **Wanzen**
beseitigen Sie unter Garantie in ½ Stunde nur mit **Eckolda**
Zu haben: Leipzig, Taldrogerie J. Achcenich, Tallstr. 12b.
Verlangen Sie nur **Eckolda.**

Wring-Maschinen
Heilringer werd. schnell mit bestem Gummi versehen. Jede Walze wie neu für **55** ℳ
Annahme **Rödelstr. 12** im Laden, Straßenbahn 1 u. 8.*

Milchpreiserhöhung.

Der Preis für **Vollmilch** beträgt vom 16. August an

ab Laden pro Liter Mk. 3.60
frei Haus pro Liter Mk. 3.70

Verein der nach Leipzig liefernden Milchproduzenten.
Zentralverband der Milchhändler Leipzigs.

Familien-Nachrichten

Nach langem schwerem Leiden erlöste der Tod meine liebe Frau, unsere gute Mutter,

Lina Oertel geb. Wehrhold

L.-Möckern, den 14. August 1921.

In tiefer Trauer
Max Oertel nebst Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch 3 Uhr auf dem Nordfriedhof.

Herzlichen Dank

allen, welche unsere liebe Mutter im Tode so ehrten durch Kränze und Beileidsbezeugungen. Ebenfalls danken wir herzlich den proletarischen Freidenkern.

L.-Reudnitz, den 13. August 1921
Dresdner Straße 71, IV. 1.

Familie Stephan und Angehörige.

Tretet hin zu meinem Grabe,
stört mich nicht in meiner Ruh,
denkt was ich gelitten habe,
gönnet mir die ew'ge Ruh.

Dank. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis meines unvergeßlichen herzensguten Mannes, unseres lieben guten Vaters,

Herrn Invalid Wilhelm Thierfelder

sagen wir allen Verwandten und Bekannten herzlichsten Dank. In tiefer Trauer

L.-Kleinzschocher, den 15. August 1921

Frau Pauline Thierfelder geb. Ullrich
und Kinder nebst Angehörigen.

Berichtigung.

In der Todesanzeige **Haferkorn** vom 13. August darf es nicht heißen Mockau sondern Wachau.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210815/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG